



# SYMPOSIUM

**DEN PROZESS FÜR FRIEDEN  
UND EINE DEMOKRATISCHE  
GESELLSCHAFT IM ZWEITEN  
JAHR NEU DENKEN**

## **DOKUMENTATION**

19. April 2026



**MAF-DAD**

**KURD-AKAD**

**Maf-Dad e.V.**  
**Verein für Demokratie und**  
**internationales Recht**

Hansaring 82  
50670 Köln  
Telefon 0221 / 16793950  
Telefax 0221 / 790761045  
Email: [info@mafdad.org](mailto:info@mafdad.org)  
[www.mafdad.org](http://www.mafdad.org)

**Kurd-Akad e.V.**  
**Netzwerk kurdischer**  
**AkademikerInnen**

Postfach 102801  
44028 Dortmund  
Email: [info@kurd-akad.com](mailto:info@kurd-akad.com)  
[www.kurd-akad.com](http://www.kurd-akad.com)

# Inhaltsverzeichnis

## Eröffnung

- **Rojava: Zwischen Konflikt und Verhandlungen**

Foza Yusuf, Mitglied des Präsidialrates der PYD, Syrien

- **Ein einjähriger Dialogprozess, der Bericht der Kommission und Abdullah Öcalans Ansatz**

Prof. Dr. Mithat Sancar, DEM Abgeordneter,  
Mitglied der İmralı Delegation, Türkei

- **Weder Krieg noch Frieden: Die Kurden im Würgegriff des Konflikts**

Ass. Prof. Adnan Çelik, EHESS, Frankreich

- **Die grundlegenden Probleme des Prozesses für Frieden und eine demokratische Gesellschaft: Gewalt, Nationalismus und Friedensbemühungen**

Mahmut Şakar, MAF-DAD, Deutschland

- **Frieden schaffen, die Zukunft gestalten: Möglichkeiten des Zusammenlebens, der Aufarbeitung und der Mitgestaltung**

Dr. Özgür Sevgi Goral, EHESS, Frankreich

## Abschluss

Sehr geehrte Teilnehmende, verehrte Referierende, liebe Freund:innen,

Ich begrüße Sie im Namen der Verein für Demokratie und Internationales Recht (MAF-DAD) sowie des Netzwerks kurdischer AkademikerInnen (Kurd-Akad) und heiße Sie herzlich willkommen zum Symposium mit dem Titel „Den Prozess für Frieden und eine demokratische Gesellschaft im zweiten Jahr neu denken“.

Wir sind heute hier nicht nur wegen eines Symposiums zusammengekommen, sondern um gemeinsam an einem schweren, schmerzhaften und zugleich hoffnungsvollen Wendepunkt der Geschichte zu stehen. Die Zeit, die wir gerade durchleben, ist keine gewöhnliche Zeit. Deshalb möchte ich meine Ausführungen mit dieser markanten Feststellung von Abdullah Öcalan beginnen:

„Wir erleben Tage, an denen Geschichte geschrieben wird, es sind sehr wichtige Tage. An solchen Tagen muss der Mensch all seine Fähigkeiten mobilisieren. Die Abrechnung von Jahrhunderten kann sich plötzlich in wenigen Wochen, in wenigen Monaten zeigen ...“

Das ist tatsächlich so. Es gibt Zeiten, in denen sich die über Jahre, ja sogar Jahrhunderte hinweg angesammelten Leiden, Hoffnungen und Kämpfe plötzlich verdichten. Die Zeit wird knapp, die Geschichte beschleunigt sich, und die Menschheit findet sich in einem Moment der Entscheidung wieder. Wir sind Zeugen genau einer solchen Zeit.

Die Themen, die wir heute hier behandeln werden – das Gleichgewicht zwischen Konflikt und Verhandlung in Rojava, die Analyse des ersten Jahres, der Zustand „weder Krieg noch Frieden“, die Suche nach Frieden im Spannungsfeld von Gewalt und Nationalismus, die Möglichkeiten des Zusammenlebens und der Aufarbeitung – sind eigentlich verschiedene Facetten einer einzigen großen Frage: Ist Frieden möglich? Und wenn ja, zu welchem Preis, mit welchem Mut, durch welche Aufarbeitung?

Der Weg zum Frieden war noch nie ein ebener Weg. Dieser Weg ist oft steinig, dornig; gepflastert mit Erinnerung, Schmerz und Wahrheit. Frieden ist nicht nur das Schweigen der Waffen. Frieden ist zugleich das Sprechen der Erinnerung. Es ist das Zu-Wort-Kommen des Unterdrückten. Es ist das Sichtbarwerden des Übersehenen.

Denn ohne Erinnerung gibt es keine Gerechtigkeit. Ohne Gerechtigkeit bleibt Frieden nur eine zerbrechliche Stille.

Wie heute an vielen Orten der Welt ist auch in dieser Region die Erinnerung nach wie vor ein Gebiet der Auseinandersetzung. Jeder Ansatz, der der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ausweicht, lässt auch die Zukunft im Dunkeln. Wir wissen jedoch, dass wahrer Frieden nur auf einem Boden entstehen kann, auf dem die Wahrheit mutig ausgesprochen, der Schmerz anerkannt und Gerechtigkeit hergestellt wird.

An dieser Stelle ist es sinnvoll, an die folgenden Worte von Nelson Mandela zu erinnern: „Mut ist nicht die Abwesenheit von Angst, sondern der Sieg über sie.“ Auch der Frieden erfordert genau diesen Mut. Den Mut, trotz unserer Ängste, Vorurteile und historischen Lasten das Zusammenleben zu wählen.

Doch diesem Mut stehen ernsthafte Hindernisse im Weg. Rassismus, Nationalismus und Polarisierung sind nicht nur politische Probleme, sondern zugleich gesellschaftliche Krisen. Diese Krisen entfremden den Menschen vom Menschen, schwächen die Idee des Zusammenlebens und kodieren Unterschiede als Bedrohung.

Dabei ist Frieden genau das Bestreben, eine Welt zu schaffen, in der Unterschiede nebeneinander bestehen können.

Heute werden wir auf unserem Symposium versuchen, diesen schwierigen Weg gemeinsam zu beschreiten. Ausgehend von den Erfahrungen in Rojava werden wir uns mit der komplexen Beziehung zwischen Konflikt und Verhandlung auseinandersetzen. Wir werden die Auswirkungen des Zustands „weder Krieg noch Frieden“, in dem politische Prozesse feststecken, auf die Gesellschaften diskutieren. Wir werden hinterfragen, wie Gewalt, Nationalismus und internationale Dynamiken die Suche nach Frieden prägen. Und vor allem werden wir uns erneut daran erinnern, dass der Aufbau des Friedens nicht nur in der Verantwortung von Staaten oder politischen Akteuren liegt, sondern in der Verantwortung aller Teile der Gesellschaft.

Denn Frieden ist kein Prozess, den man nur beobachtet; er ist ein Prozess, an dem man teilnimmt.

Deshalb hat schon unsere Anwesenheit hier an sich eine Bedeutung. Wir sind nicht nur Zuhörer; wir sind zugleich Akteure dieses Prozesses. Indem wir nachdenken, diskutieren, widersprechen und neu gestalten, weben wir diesen Weg gemeinsam.

Vielleicht ist es am schwierigsten, die Hoffnung zu bewahren. Denn Hoffnung wird vor allem in dunklen Zeiten auf die Probe gestellt. Doch vergessen wir nicht, dass die Geschichte die Geschichte von Menschen ist, die selbst in den schwierigsten Momenten die Richtung ändern können.

Dass heute hier in diesem Saal unterschiedliche Erfahrungen, Perspektiven und Erinnerungen zusammenkommen, weist tatsächlich auf eine Möglichkeit für die Zukunft hin. Diese Möglichkeit ist die Möglichkeit, gemeinsam zu denken und gemeinsam zu gestalten.

Und vielleicht sind gerade deshalb diese schwierigen Zeiten, in denen wir uns befinden, gleichzeitig eine Chance. Eine Schwelle, an der die über Jahrhunderte angehäuften Probleme erneut durch kollektiven Willen überwunden werden können.

Zum Abschluss meiner Ausführungen möchte ich Folgendes betonen: Frieden kommt nicht von selbst. Frieden wird geschaffen. Er erfordert Einsatz, Geduld und die Bereitschaft zur Aufarbeitung. Vor allem aber erfordert er den Mut des Menschen, seine eigenen Grenzen zu überwinden.

Ich wünsche mir, dass die Diskussionen, die wir heute hier beginnen, nicht nur im akademischen Rahmen verbleiben, sondern das Leben, die Gesellschaft und die Zukunft berühren.

In der Hoffnung, dass wir alle gemeinsam diesen schwierigen, aber ehrenvollen Weg beschreiten können.

Ich danke Ihnen allen für Ihre Teilnahme.



## **Rojava: Zwischen Konflikt und Verhandlungen**

Foza Yusif, Mitglied des Präsidialrates der PYD, Syrien

Der Nahe Osten durchläuft derzeit einen tiefgreifenden und vielschichtigen Konfliktprozess. Wir beobachten, dass die globalen Hegemonialmächte heute wie schon im 20. Jahrhundert dazu neigen, regionale Probleme durch Krieg und Zerstörung zu lösen. Im Zentrum dieser Konfliktodynamiken steht historisch und geografisch gesehen Kurdistan; daher gehören die Kurden zu den am stärksten von diesem Prozess betroffenen Gemeinschaften. Auch Syrien steht unter dem direkten Einfluss dieses Konfliktumfelds.

In der Vergangenheit gab es in der Region bedeutende Umwälzungen; insbesondere im Zusammenhang mit einem Krieg gegen den Iran wurden ernsthafte Vorbereitungen getroffen. In diesem Zusammenhang glauben wir, dass die Angriffe auf die Selbstverwaltungsstrukturen in Nord- und Ostsyrien in direktem Zusammenhang mit den aktuellen Entwicklungen im Iran und in der Region insgesamt stehen.

Seit langem haben wir angestrebt, durch Verhandlungen mit der Übergangsregierung in Damaskus eine friedliche Einigung und Allianz zu erreichen. In diesem Sinne wurden verschiedene Initiativen ergriffen. Am 6. Januar kam es jedoch zu einem entscheidenden Bruch. Nach unserer Einschätzung wurde mit Zustimmung internationaler Akteur:innen ein umfassender Angriffsplan gegen die Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien ausgearbeitet. Das Hauptziel dieses Plans bestand darin, die Präsenz der Hegemonialmächte in der Region aufrechtzuerhalten und das Selbstverwaltungsmodell zu zerschlagen. In diesem Zusammenhang sehen wir, dass die Ausweitung des als „Gaza-Modell“ bezeichneten Ansatzes auf die Region angestrebt wurde.

Der besagte Angriff stieß auf den starken Widerstand unseres Volkes, und die geplanten Ziele konnten nicht erreicht werden. Dieser Prozess hat sich für die Kurd:innen als äußerst kritische und entscheidende Phase herausgestellt. Die Hauptziele des betreffenden Plans lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- (i) die Abschaffung der Selbstverwaltung,
- (ii) die Zerschlagung der Frauenbewegung,
- (iii) die massenhafte Gewalt und der Völkermord am kurdischen Volk sowie
- (iv) die Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltung durch die Schürung von Konflikten zwischen Kurd:innen und Araber:innen

In diesem Zusammenhang wurden verschiedene diplomatische und militärische Initiativen ergriffen, um die Ausweitung und Verschärfung der Konflikte zu verhindern; insbesondere Optionen wie die Deklaration eines Waffenstillstands und gegenseitiger Rückzug wurden auf die Tagesordnung der Verhandlungen gesetzt. Es lässt sich feststellen, dass die Akteur:innen der Selbstverwaltung in einer frühen Phase Schritte unternommen haben, um die Spannungen abzubauen und so den Ausbruch von Auseinandersetzungen zu verhindern, und in einigen Fällen sogar Vorschläge für einen einseitigen Rückzug in Erwägung gezogen haben. Allerdings haben die Machtverhältnisse vor Ort und die strategischen Prioritäten der Parteien verhindert,

dass diese Initiativen zur Beendigung des Konflikts zu einem dauerhaften Ergebnis führten. Tatsächlich wurde festgestellt, dass die verkündeten Waffenstillstände innerhalb kurzer Zeit verletzt wurden, dass diese Verstöße sowohl zivile als auch militärische Verluste zur Folge hatten und dass gleichzeitig die Fälle gegenseitiger Gefangennahmen zunahmen. Diese Situation macht deutlich, dass es sich bei dem Konflikt nicht nur um einen militärischen Kampf handelt, sondern dass zwischen den Parteien zudem eine tiefe Vertrauenskrise herrscht. Die genannten Verstöße und das anhaltende Konfliktumfeld waren eine der grundlegenden Dynamiken, die die Entstehungsbedingungen des Abkommens vom 29. Januar bestimmten.

Der breite Widerstand unseres Volkes, die Reaktion der internationalen demokratischen Öffentlichkeit und die zunehmende politische und gesellschaftliche Unterstützung für Rojava haben einen gewissen Druck auf die Übergangsregierung in Damaskus ausgeübt und damit die Rückkehr zum Verhandlungsprozess gefördert. In diesem Zusammenhang ist das Abkommen vom 29. Januar weniger als eine vollständige Einigung zwischen den Parteien, sondern vielmehr als pragmatischer Schritt zur Verhinderung einer weiteren Verschärfung des Konflikts zu verstehen. Zwar ist klar, dass das Abkommen keine umfassende und ideale Lösung bietet, die alle Forderungen der Parteien erfüllt, doch kann man sagen, dass es angesichts der bestehenden Bedrohungen und Machtverhältnisse einen wichtigen Meilenstein für die Wiedereröffnung der Dialogkanäle darstellt. Der Umsetzungsprozess des Abkommens steht jedoch vor zahlreichen strukturellen und politischen Hindernissen, darunter die militärische Lage vor Ort, ein zentralistisches Regierungsverständnis, rechtliche Unsicherheiten und das Misstrauen zwischen den Parteien. Daher bleibt ungewiss, inwieweit das Abkommen in der Praxis umgesetzt werden kann und ob es zu einem nachhaltigen Friedensprozess führen wird.

An erster Stelle dieser Hindernisse stehen unterschiedliche und oft widersprüchliche Ansätze zum Begriff „Integration“. Die Parteien definieren diesen Begriff innerhalb unterschiedlicher politischer und ideologischer Rahmen. Es scheint, dass die Übergangsregierung in Damaskus Integration weitgehend als Ausweitung der zentralen Staatsstruktur, als Zusammenführung der Verwaltungs- und Sicherheitsbereiche unter einer Hand und als Unterordnung aller lokalen Strukturen unter dieses Zentrum interpretiert. Dieser Ansatz birgt in der Praxis das Risiko, dass lokale Selbstverwaltungsmechanismen ausgehebelt und mit der Zeit abgeschafft werden. Demgegenüber betrachtet die Selbstverwaltungsperspektive in Nord- und Ostsyrien die Integration als einen Umstrukturierungsprozess, der auf der Demokratisierung des Staates, der Anerkennung des lokalen Willens und der gleichberechtigten Vertretung verschiedener gesellschaftlicher Komponenten beruht. In diesem Rahmen wird Integration nicht als einseitiger Anpassungsprozess verstanden, sondern als wechselseitiger Transformationsprozess, der auf den Prinzipien der gegenseitigen Anerkennung, der Verhandlung und der gemeinsamen Steuerung beruht. Betrachtet man jedoch die Praxis vor Ort, so zeigt sich, dass die Regierung in Damaskus insbesondere im Zusammenhang mit Verwaltungszuweisung und Sicherheitsstrukturen einen eher zentralistischen und kontrollorientierten Kurs verfolgt; dies führt zu einem ernsthaften Vertrauensproblem zwischen den Parteien.

Damit Integration zu einer dauerhaften und nachhaltigen Lösung führen kann, muss ein demokratischer, inklusiver und verbindlicher verfassungsrechtlicher Rahmen geschaffen werden. Das Fehlen einer solchen Verfassung in Syrien stellt jedoch einen der Hauptfaktoren dar, der die politische und rechtliche Unsicherheit weiter verschärft. Es wird häufig darauf hingewiesen, dass die bestehenden oder vorgeschlagenen Verfassungsregelungen insbesondere hinsichtlich der Anerkennung ethnischer und religiöser Vielfalt, der politischen und gesellschaftlichen Repräsentanz von Frauen sowie der Prinzipien pluralistischer Regierungsführung unzureichend sind. Diese Mängel führen dazu, dass sich verschiedene gesellschaftliche Gruppen, allen voran die Kurd:innen, auf verfassungsrechtlicher Ebene nicht abgesichert fühlen. Aus diesem Grund wurde die Einrichtung eines Verfassungsausschusses gefordert, um unter Beteiligung aller Parteien eine neue Verfassung auszuarbeiten; die Bildung dieses Ausschusses wurde jedoch aus verschiedenen politischen und diplomatischen Gründen immer wieder verschoben. Diese Verzögerung führt nicht nur dazu, dass das Rechtsvakuum fortbesteht, sondern auch dazu, dass das Vertrauen in den Verhandlungsprozess schwindet.

Daher betrachten wir das Fehlen eines verfassungsrechtlichen Rahmens als eines der wichtigsten strukturellen Probleme, das verhindert, dass die Integrationsdiskussionen in der Praxis zu einem konkreten und umsetzbaren Modell werden.

Zu den weiteren wichtigen Problemfeldern zählen die faktische Fortsetzung der Belagerung von Kobanê, die unzureichende Berücksichtigung des lokalen Willens in den Verwaltungsprozessen sowie strukturelle Mängel hinsichtlich der politischen Partizipation von Frauen. Obwohl im Rahmen des Abkommens vom 29. Januar Grundsätze zur gewissen Befugnisübertragung an lokale Verwaltungen und insbesondere zur Berücksichtigung der demografischen und politischen Besonderheiten der kurdischen Bevölkerung diskutiert wurden, zeigt sich in der Praxis, dass Ernennungen weitgehend von der Zentralregierung vorgenommen werden und der lokale gesellschaftliche Wille nur in begrenztem Maße in den Entscheidungsmechanismen zum Ausdruck kommt. Diese Situation führt zu Diskussionen über die Legitimität der Verwaltung. Auch die Frage der politischen Vertretung von Frauen verdeutlicht in ähnlicher Weise die Diskrepanz zwischen normativen Regelungen und der praktischen Umsetzung. Obwohl die Übergangsregierung in Damaskus offiziell eine Frauenquote von 20 % verabschiedet hat, zeigt beispielsweise die Tatsache, dass nur in einem von 23 Ministerien Frauen vertreten sind, dass dieser Grundsatz in der Praxis nicht umgesetzt wird. Im Gegensatz dazu liegt der Frauenanteil im Rahmen des in Nord- und Ostsyrien praktizierten Ko-Präsidentschaftssystems bei über 50 %. In diesem Zusammenhang bringen Frauenbewegungen ihre Unzufriedenheit weiterhin durch verschiedene Konferenzen und Veranstaltungen zum Ausdruck. Zudem bleibt die Ungewissheit hinsichtlich des Status der YPJ (Frauenverteidigungseinheiten) als eines der ungelösten Kernprobleme bestehen. Trotz der Gespräche zwischen dem YPJ-Kommando und dem Verteidigungsministerium in Damaskus fällt auf, dass noch kein konkreter und verbindlicher Rahmen für die künftige Stellung dieser Struktur vorgelegt wurde.

Die rechtlichen Unsicherheiten stellen ebenfalls eines der kritischsten strukturellen Probleme des Prozesses dar. Das Fehlen einer für ganz Syrien geltenden, umfassenden und demokratischen Verfassung schafft ein normatives Vakuum in den Regierungsprozessen; dies führt sowohl in der Verwaltungsabwicklung als auch bei den Aktivitäten der politischen Akteur:innen zu erheblicher Verwirrung. In der gegenwärtigen Situation führt die Tatsache, dass die alte Verfassungsordnung de facto nicht mehr existiert, während bestimmte auf dieser Verfassung basierende Rechtsrahmen weiterhin als gültig angesehen werden, zu einem erheblichen Widerspruch. In diesem Zusammenhang stellt insbesondere die fortgesetzte Anwendung des Gesetzes Nr. 107 über die Kommunalverwaltung einen umstrittenen Punkt dar. Während die Selbstverwaltungsstrukturen die Legitimität dieses Gesetzes nicht anerkennen, betrachtet die Regierung in Damaskus diese Regelung weiterhin als gültige Rechtsgrundlage. Diese Zwickmühle schränkt auch die Möglichkeiten für rechtliche Auseinandersetzungen ein; denn das Fehlen einer Einigung darüber, welcher verfassungsrechtliche und rechtliche Rahmen zugrunde gelegt werden soll, schafft für politische Parteien, Frauenbewegungen und zivilgesellschaftliche Organisationen erhebliche Unsicherheit. Fazit : In diesem Umfeld, in dem der Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit nicht institutionalisiert ist, erschwert sich der Aufbau eines vorhersehbaren und nachhaltigen Governance-Modells sowohl für Akteure auf lokaler als auch auf nationaler Ebene.

Darüber hinaus schaffen die auf gesellschaftlicher Ebene zunehmend verbreiteten Hassreden und Gewalttaten ein Klima tiefen Misstrauens innerhalb der multiethnischen und multireligiösen Gesellschaftsstruktur Syriens. Zahlreiche Gemeinschaften, darunter Kurd:innen, Araber:innen, Syrer:innen, Alawit:innen und Drus:innen, sind von diesem Prozess unmittelbar betroffen. Insbesondere in den Stadtvierteln Sheikh Maksut und Ashrafiya in Aleppo sowie in anderen Gebieten mit hohem Anteil an kurdischer Bevölkerung ist eine Zunahme von Hassreden, Eigentumsverletzungen, Zwangsenteignungen und körperlichen Übergriffen zu beobachten. Ähnlich zeigen Ereignisse wie der bewaffnete Angriff einer Gruppe auf Symbole der Rojava-Revolution in Qamischli, wie sehr die Spannungen im Alltag zugenommen haben. Zudem sind nicht nur Kurd:innen, sondern auch arabische Gemeinschaften in Regionen wie Raqqa und Deir ez-Zor, die unter dem Vorwurf stehen, mit den SDF in Verbindung zu stehen, Gewalt und

Rechtsverletzungen ausgesetzt. Diese Entwicklungen erhöhen die Fragilität des sozialen Friedens und verstärken die Befürchtungen hinsichtlich der Möglichkeit eines erneuten groß angelegten Konflikts.

Trotz all dieser Probleme kann der Beginn der Rückkehr nach Afrin als eine der relativ positiven Entwicklungen in diesem Prozess gewertet werden. Die Tatsache, dass die seit langem vertriebene Bevölkerung schrittweise und in Gruppen beginnt, in ihre Heimat zurückzukehren, wird – wenn auch in begrenztem Umfang – als Zeichen der Normalisierung interpretiert. Dennoch lässt sich kaum sagen, dass diese Rückkehrbewegungen bereits einen umfassenden und nachhaltigen Charakter angenommen haben. Es bestehen weiterhin erhebliche Defizite in Bezug auf die Sicherheit der Rückkehrer, die Rückgabe von Eigentumsrechten und die Infrastrukturbedingungen. Ebenso ist anzumerken, dass zwar Vorbereitungen für die Rückkehr in andere Siedlungsgebiete wie Serê Kaniyê laufen, dieser Prozess sich jedoch noch in der Anfangsphase befindet.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Verhandlungen und Kontakte zur Umsetzung des Abkommens vom 29. Januar zwar fortgesetzt werden, der Prozess jedoch recht langsam und stockend voranschreitet. Die Tatsache, dass die Entscheidungsmechanismen weitgehend von einer zentralen Struktur bestimmt werden, wird von lokalen Akteur:innen und Vertreter:innen der Selbstverwaltung kritisiert; dies wird als ein bedeutendes Problem im Hinblick auf demokratische Teilhabe und Repräsentation angesehen. In diesem Zusammenhang bringen die betroffenen Akteur:innen ihre Einwände mittels demokratischer Methoden und politischer Instrumente zum Ausdruck und fordern eine Überprüfung der getroffenen Entscheidungen sowie, soweit möglich, deren Überarbeitung auf der Grundlage eines Konsenses. Der derzeitige Prozess lässt sich daher als hybride Übergangsphase charakterisieren, in der einerseits die Verhandlungskanäle offen gehalten werden, andererseits aber strukturelle und politische Spannungen fortbestehen.



## „Ein einjähriger Dialogprozess, der Bericht der Kommission und Abdullah Öcalans Ansatz“

Prof. Mithat Sancar, DEM Abgeordneter, Mitglied der İmralı Delegation, Türkei

**Wir wissen, dass es eine direkte Wechselwirkung und Verbindung zwischen den Entwicklungen in Rojava und dem Prozess in der Türkei gibt.** Die dortigen Entwicklungen wirken sich hier in der Türkei aus; die Entwicklungen in der Türkei wirken sich wiederum auf Syrien und Rojava aus.

Wie steht es nun um den Prozess in der Türkei? Etwa 16 Monate sind vergangen. In diesen 16 Monaten gab es Dinge, die geschehen sind, Dinge, die nicht geschehen sind, Dinge, die erwartet wurden, und Situationen, in denen unsere Erwartungen nicht erfüllt wurden. Es gibt auch Dinge, die von nun an getan werden müssen.

Vorhin wurde gesagt, dass die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit einer der wichtigen Schritte auf dem Weg zum Frieden sei. Das ist richtig. Um sich der Vergangenheit stellen zu können, muss man sich zunächst der Gegenwart stellen, also der Situation, in der wir leben, und der Realität, in der wir uns befinden. Diese Auseinandersetzung wirkt sich auch direkt auf die weitere Entwicklung aus. Wenn es uns gelingt, eine solche Auseinandersetzung authentisch und umfassend zu gestalten, können wir sowohl unsere Einschätzungen als auch unsere Erwartungen hinsichtlich des weiteren Verlaufs des Prozesses besser fundieren.

Warum habe ich diese Einleitung gemacht? Aus folgendem Grund: Solche Prozesse – Prozesse, die auf die Lösung eines Konflikts und die Herstellung von Frieden abzielen – sind vielschichtig und werden durch verschiedene Faktoren in Gang gesetzt. Dabei spielen Zwänge, internationale Entwicklungen, sowohl langfristige Überlegungen als auch konjunkturelle Einschätzungen eine Rolle. Es muss von vornherein klargestellt werden, dass eine idealistische Sichtweise nicht ausreicht, um diese Prozesse zu begreifen, und dass sie das Verständnis ihrer Natur nicht erleichtert. Wir wünschen uns, dass Aspekte wie Friedensstreben und Gerechtigkeit als Lösungsziel ausschlaggebend sind, doch handelt es sich hierbei um Zustände, die sich erst am Ende des Prozesses herausbilden oder im Laufe desselben entwickeln können. Daher kann es zu Irrtümern führen, wenn wir von vornherein annehmen, dass die Akteure – insbesondere Staaten und Machthaber – aus einer Motivation wie dem Friedensideal oder Idealismus heraus handeln.

Andererseits weisen Konfliktlösung und Frieden, wie alle politischen Bereiche, eine komplexe Struktur auf, die auf verschiedenen Kalkülen basiert und von Manövern und taktischen Schritten geprägt ist.

Konkret ausgedrückt: Wie sollten wir unsere Erwartungen anpassen? Wie sollten Ziele festgelegt werden? Und welche Methoden sind erforderlich, um diese Ziele zu erreichen?

Frühere Lösungsversuche

Wenn wir den Beginn auf Oktober 2024 festlegen, dann sind in der Tat fast eineinhalb Jahre vergangen. Dies ist nicht der erste Versuch in der Türkei. Auch zuvor gab es verschiedene Initiativen, um den Konflikt in der kurdischen Frage zu lösen, Frieden zu schaffen und eine Lösung zu erreichen. Unter diesen lassen sich zwei besonders hervorheben: der Prozess von 2009 und der von 2013–2015. Diese sind von Bedeutung, da sie sowohl in der Öffentlichkeit

Beachtung fanden als auch in einem viel umfassenderen Rahmen abliefen. Ein Vergleich mit anderen Initiativen ist etwas schwieriger. Die Initiativen haben unterschiedliche Dimensionen. Dies ist die dritte.

Den Beginn einseitiger Willenserklärungen zur Lösung des Konflikts in der kurdischen Frage können wir noch weiter zurückverfolgen. Wir wissen, dass Herr Öcalan dies in einem Interview mit Mehmet Ali Birand im Jahr 1988 deutlich zum Ausdruck gebracht hat. Auch in den folgenden Jahren gab es einseitige Waffenstillstände und ähnliche Schritte. Aber außer 2009 und 2013 hat sich kein verhandlungsähnlicher Rahmen gebildet. Diese beiden Versuche waren leider nicht von Erfolg gekrönt.

Zu Beginn dieses Prozesses – wir haben dies auch bei anderen Treffen gesagt und erneut auf einer Konferenz zum Ausdruck gebracht – stehen wir vor einer Struktur, in der klassische Konfliktlösungsschemata in gewissem Maße auf den Kopf gestellt wurden. Das heißt, die Tatsache, dass die Entscheidung zur Waffenabgabe und die Entscheidung der Organisation zur Selbstauflösung an den Anfang gestellt wurden, stellt einen wichtigen Unterschied dar. Im Gegensatz zu anderen Erfahrungen basierte die Erklärung vom 27. Februar 2025 im Wesentlichen auf diesem Aufruf: dem Aufruf an die PKK, sich aufzulösen und den Entschluss zur Waffenabgabe zu fassen. Die PKK reagierte darauf mit ihrem 12. Kongress im Mai 2025 positiv und erklärte, diesem Aufruf nachzukommen. Die weiteren Entwicklungen müssen nicht extra geschildert werden, wir wissen sie: Es gab auch eine Zeremonie zur Waffenabgabe. Dies waren Schritte, die als symbolisch für den Willen zur Waffenabgabe und Selbstauflösung bezeichnet wurden, aber ich habe bereits bei anderen Gelegenheiten dargelegt, dass sie über das Symbolische hinausgehen.

#### Entscheidung zur Waffenabgabe und Auflösung

Bedeutet die Entscheidung zur Waffenabgabe und zur Selbstauflösung nun, dass diese sofort in die Tat umgesetzt und Realität werden? Nein. Hier zeigen sich ähnliche Merkmale wie bei anderen Prozessen. Die Entscheidung zur Waffenabgabe und die Erklärung der Organisation, sich aufzulösen, sind ein äußerst wichtiger Anfang. Doch die Umsetzung des Entwaffnungsprozesses erfordert weitere Regelungen, Schritte und Entwicklungen. Dennoch sei Folgendes gesagt: Im Kern dieses Aufrufs vom 27. Februar ist deutlich die Betonung enthalten, dass dies der wichtigste Wendepunkt zur Beendigung des Konflikts ist. Das heißt, Herr Öcalan hatte diesen Aufruf in erster Linie mit dem Ziel ausgesprochen, die kurdische Frage von Gewalt zu befreien und auf eine rechtliche und politische Ebene zu bringen.

Ich werde die derzeit diskutierten Themen gleich in Stichpunkten zusammenfassen. Was geschah danach? Natürlich fanden Gespräche auf İmralı statt. Es gab Gespräche mit dem Staat sowie mit Vertreter:innen der İmralı-Delegation und der DEM-Partei. Es fanden Treffen mit politischen Parteien statt, aber am wichtigsten sind die Gespräche, die auf İmralı geführt wurden. Auf der Grundlage dieser Gespräche und des Dialogs im politischen Bereich wurde im Parlament die Einrichtung einer eigens für diesen Prozess zuständigen Kommission beschlossen. Dies kann als eine Einigung bezeichnet werden, die am Ende eines bestimmten Diskussionsprozesses erzielt wurde; es handelte sich also nicht um einen Schritt, der sofort und ohne Weiteres unternommen wurde.

#### Warum ist die Einrichtung des Ausschusses wichtig?

Die Verlagerung des Prozesses auf die Ebene der Großen Nationalversammlung der Türkei war sowohl hinsichtlich der Legitimität als auch der Beteiligung eine wichtige Entwicklung. Die Diskussionen, Erklärungen, Präsentationen und die von den Parteien vorgelegten Berichte im Ausschuss bildeten ein wichtiges Gedächtnis. In diesen Berichten wurden die Herangehensweise der Parteien an das Problem und ihre Erwartungen detailliert festgehalten. Nun dienen sie als Gedächtnis, und die Tatsache, dass dies im Rahmen des Parlaments geschah, bedeutet, dass alle Akteur:innen der politischen Dynamik in irgendeiner Weise in

diesen Prozess einbezogen wurden. Ob sie sich nun offen gegen den Prozess aussprachen, ihn voll unterstützten oder mit Vorbehalten unterstützten – alle Parteien wurden Teil dieses Prozesses.

Die Arbeit des Parlamentsausschusses war wichtig. Das eigentlich Erwartete war der gemeinsame Bericht. Der gemeinsame Bericht wurde vor etwa zwei Monaten veröffentlicht. Der gemeinsame Bericht bietet eine Perspektive und schafft einen allgemeinen Rahmen für die nächsten Schritte. Wir wussten jedoch, dass es naturgemäß nicht möglich war, die Details in diesem Bericht festzulegen. Auch die Befugnisse des Ausschusses waren in dieser Hinsicht begrenzt. Außerdem müssen im Wesentlichen andere Mechanismen greifen, um konkrete Regelungen zu treffen.

Wie geht es nun weiter?

Wie Sie alle wissen, gibt es eine Debatte über ein Gesetz – ein Gesetzbuch, ein prozessspezifisches Gesetz –, und es wird erwartet, dass dieses dem Parlamentspräsidenten vorgelegt wird. Was wird dieses Gesetz beinhalten, oder besser gesagt, welche Funktion wird es erfüllen? Kurz gesagt, es wird den rechtlichen Rahmen und die Grundlagen für die Entwaffnung und die Abgabe von Waffen schaffen. Das heißt, Fragen wie die Art und Weise, wie Waffen abgegeben werden sollen, und wie die Situation derjenigen aussehen wird, die ihre Waffen abgeben, werden weitgehend durch dieses Gesetz beantwortet werden.

Es wurde darüber gesprochen, dass das Gesetz im März auf die Tagesordnung kommen würde, aber das geschah nicht. Dann wurde erklärt, gesagt und diskutiert, dass in diesem Monat, in dem wir uns gerade befinden, konkretere Entwicklungen zu erwarten seien; auch das geschah nicht. Auch wenn es schwierig ist, die Gründe dafür detailliert zu erläutern, kann ich doch zwei Faktoren als wichtig hervorheben: Erstens internationale oder regionale Entwicklungen. Zweitens die Ziele, Absichten und Erwartungen der Parteien in dieser Angelegenheit. Diese beiden Faktoren spielen eine wichtige Rolle bei der Verzögerung des Gesetzgebungsprozesses. Es mag auch andere Faktoren geben. Wie ich bereits eingangs erwähnt habe, bevorzugen Staaten die für sie kostengünstigste Lösung und bemühen sich um deren Akzeptanz. Doch diejenigen, die sich einen dauerhaften Frieden wünschen, fordern zweifellos eine realistische und gerechte Regelung. Auch wir sagen, dass das Gesetz, das ausgearbeitet wird, damit der Entwaffnungsprozess wirklich reibungslos ablaufen kann und diese Hürde überwunden wird, um Wege zur Lösung zu eröffnen, im Einklang mit dem Geist des Friedens und der Lösung stehen muss. Sollte kein Gesetz entstehen, das die Entwaffnung in diesem Rahmen behandelt, ist abzusehen, dass wir mit weiteren Diskussionen konfrontiert werden.

Waffenabgabe und die Dialektik von Gewalt und Politik

Um das Wesen der Waffenabgabe zu erklären, muss nun erneut an die Dialektik von Gewalt und Politik erinnert werden. Wir sagen, dass es unzureichend wäre, wenn dieses Gesetz nur strafrechtliche Regelungen enthielte. Es muss auch Regelungen enthalten, die den politischen Raum befreien und dafür sorgen, dass Politik an die Stelle der Waffenabgabe tritt. Denn diejenigen, die ihre Waffen abgeben, wollen Politik machen. Der bewaffnete Kampf beruht nicht nur auf der Motivation zur Gewalt, sondern auf der Entscheidung, bestimmte politische Ziele mit dieser Methode zu erreichen. Mit der Waffenabgabe werden politische Ziele nicht beiseitegeschoben, politische Überzeugungen verschwinden nicht. Daher sind auch Regelungen erforderlich, die es denjenigen, die die Waffen niederlegen, oder denjenigen, die in irgendeiner Weise mit der sich auflösenden Organisation verbunden sind, ermöglichen, sich auf legitimer Grundlage und im rechtlichen Rahmen in die demokratische Politik einzubringen. Die notwendigen Voraussetzungen dafür, dass Politik an die Stelle von Gewalt tritt, müssen durch dieses Gesetz gesichert werden.

Zweifellos erfordert die Umsetzung und Wirksamkeit eines solchen Gesetzes gleichzeitig Gespräche mit Herrn Öcalan auf Imrali und die Suche nach einer Einigung. Denn er ist es, der zum Waffenabwurf aufruft, und er wird den weiteren Prozess weitgehend selbst lenken. In diesem Fall gehören die Ansichten, Einschätzungen, Vorschläge und Wünsche von Herrn Öcalan zu den wichtigsten Faktoren, die den Prozess beeinflussen werden. Dieser Rahmen ist wichtig, damit die Organisation den Prozess ihrer Selbstauflösung vorantreibt und die Waffen vollständig niederlegt.

## Zwei schmerzhaftes Erinnerungen der kurdischen politischen Bewegung

Es muss auch darauf hingewiesen werden: Die Erfahrungen, die wir gemacht haben, die Erfahrungen, die wir in der Vergangenheit in der Türkei gemacht haben, haben zwei unterschiedliche Erinnerungen geschaffen. Wir stehen vor der Notwendigkeit, die Beziehung zwischen diesen Erinnerungen mit etwas mehr Abstand zu betrachten und einen Mittelweg oder Zwischenlösungen zu finden. Was meine ich damit? In der allgemeinen Erinnerung der PKK oder der kurdischen politischen Bewegung nehmen die Jahre 1999 und 2009 einen wichtigen Platz ein. Das Jahr 1999 ist geprägt von schmerzhaften Erinnerungen an die Folgen, die eine Rückkehr ins Land ohne solide rechtliche Garantien nach sich ziehen kann. Auch in der Erinnerung des Staates nehmen die Jahre 2009 und die Jahre 2013–2015 – wenn auch nicht genau dieselben Daten – einen besonderen Platz ein. Die Regierung und der Staat berechnen aus ihrer Sicht die politischen Kosten, die durch Sabotageakte und Versuche derjenigen entstehen könnten, die den Prozess von 2009 untergraben wollten. Das anders verlaufende Ende des Zeitraums 2013–2015 und die harten, zerstörerischen Konflikte, die nach dem Ende des Prozesses im Jahr 2015 auftraten, nähren im Gedächtnis des Staates einen gewissen Reflex, vorsichtig vorzugehen. Nun diskutieren und sprechen wir darüber, wie wir diese beiden unterschiedlichen Erinnerungen in diesem Prozess zusammenbringen und wie wir vorankommen können. Es mag nicht so benannt werden, und ich weiß, dass es vielerorts nicht so benannt wird, aber ich habe diese Konzeptualisierung gewählt, weil ich sie für die Erklärung als hilfreicher erachte.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in der aktuellen Phase, in der wir uns befinden, im Rahmen des gemeinsamen Berichts des Parlaments die Ausarbeitung einer Regelung vorgesehen ist, die als „Rahmengesetz“ oder als prozessspezifisches Gesetz bezeichnet wird, wobei jedoch betont wird, dass man sich nicht allein damit begnügen darf. Im gemeinsamen Bericht gibt es auch Bereiche, die bisher noch nicht umgesetzt wurden, obwohl es keine Hindernisse dafür gibt. Das heißt, im gemeinsamen Bericht des Parlamentsausschusses sind Vorschläge enthalten, die keine Gesetzesänderung oder die Schaffung eines neuen Gesetzes erfordern. Zum Beispiel die Umsetzung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und des Verfassungsgerichts. Diese sind noch nicht umgesetzt worden. Dafür ist keine Gesetzesänderung oder ein neues Gesetz erforderlich. Hier gibt es eine Verzögerung, und diese Verzögerung sorgt für Unbehagen. Das sorgt auch bei uns für Unbehagen und in der Öffentlichkeit für Unbehagen. Es beschleunigt die Infragestellung der Absichten, bringt das Thema Vertrauen immer wieder auf die Tagesordnung und verstärkt somit das Misstrauen. Dass bei solchen Problemen, die ohne Gesetzesänderung gelöst werden könnten, keine Schritte unternommen werden, ist ein weiteres Problem, das mit dem Vertrauensproblem zusammenhängt.

## Die Frage der Zwangsverwalter

Es würde beispielsweise ausreichen, wenn das Innenministerium die alle zwei Monate fällige Verlängerungsentscheidung nicht treffen würde, damit die Amtszeit der Zwangsverwalter endet und die gewählten Bürgermeister:innen zurückkehren können. Die Amtszeit der Zwangsverwalter wird alle zwei Monate verlängert. Wenn das Innenministerium nach Ablauf der zwei Monate keine Verlängerungsentscheidung trifft, können die gewählten Bürgermeister:innen ihr Amt wieder antreten. Um das Problem der Zwangsverwalter grundlegend zu lösen, ist eine Gesetzesänderung erforderlich, aber um die derzeitige Praxis zu ändern, ist dies nicht

notwendig. Dies führt natürlich zu einem Vertrauensproblem, und dieses Vertrauensproblem kann manchmal auch recht negative oder heftige Reaktionen hervorrufen und dazu führen, dass der Glaube daran, dass der Prozess voranschreiten und zu Ergebnissen führen kann, schwindet. Ich kann natürlich nicht sagen, dass diese Gefühle und Ansätze unbegründet sind. Ich muss jedoch noch einmal daran erinnern, dass es in solchen Prozessen nicht richtig ist, angesichts solcher Situationen plötzlich und schnell in Hoffnungslosigkeit zu verfallen oder den Prozess aufzugeben.

In den Erklärungen, die nach dem Aufruf vom 27. Februar abgegeben wurden, und in unseren Gesprächen mit Herrn Öcalan wird deutlich zum Ausdruck gebracht, dass dieser Prozess das Potenzial und das Ziel einer großen Transformation birgt, die Jahrzehnte prägen wird. Ein solcher Wandel – ein großer Wandel – ist ein Prozess, der mit dem Ziel eingeleitet wurde, die Grundlagen für einen großen Wandel sowohl in der Türkei als auch im gesamten Nahen Osten oder in allen Ländern, in denen Kurden leben, zu schaffen. Ein großer Wandel weckt natürlich große Ängste, große Sorgen, aber auch große Hoffnungen. Nun schwanken wir zwischen Sorge und Hoffnung, zwischen Angst und Optimismus hin und her.

### Die „Kodifikation“ und die Lösung des Problems

Wird dieses Gesetz das Problem lösen? Dieses Gesetz, das die Regelung des Entwaffnungsprozesses vorsieht, ist wichtig. Aber ich habe bereits gestern in einer Fernsehsendung gesagt, dass es für einen reibungslosen Ablauf des Entwaffnungsprozesses einen Plan braucht, und ich wiederhole es jetzt noch einmal: Es braucht einen Friedensplan, einen Fahrplan. Ich denke, dieser Fahrplan muss mindestens drei Elemente enthalten. Erstens: rechtliche Regelungen – diese müssen umfassend, gerecht und realistisch sein. Zweitens: auf Vereinbarungen basierende Mechanismen. Drittens: ein konkretes Paket aus zeitlich festgelegten gegenseitigen Schritten. Das heißt, damit sich die Erwartungen und Ansätze im Entwaffnungsprozess nicht weiter voneinander entfernen, sondern sich im Gegenteil annähern, muss ein solcher Plan dringend erstellt werden. Gibt es denn derzeit konkrete Informationen über einen solchen Plan? Es gibt gewisse Bemühungen, gewisse Absichten und Erklärungen, aber keine Daten, die es ermöglichen würden, von der Ausarbeitung eines konkreten Plans zu sprechen. Sollte dieser Plan erstellt werden, kann ich sagen, dass der Entwaffnungsprozess, der Übergang von den Waffen zur Politik und der Übergang von der Gewalt zu einer rechtlichen Grundlage viel gesünder und schneller voranschreiten werden.

Wie sieht es nun mit den Reformen zur Lösung der kurdischen Frage und den Reformen zur Demokratisierung aus? Ich habe bereits bei anderen Gelegenheiten erklärt, dass diese in Form eines miteinander verbundenen Dreiecks betrachtet werden müssen. Das heißt, der Entwaffnungsprozess muss so ablaufen, dass er Wege zur Lösung der kurdischen Frage eröffnet, und die Lösungsschritte für die kurdische Frage erfordern ein Verständnis und eine Vorbereitung, die das Demokratieproblem in der Türkei als Ganzes – das Demokratieproblem für die gesamte Türkei – im Blick haben. Das wird lange dauern, aber um zügig voranzukommen, müssen wir die erste Phase mit einer guten Regelung und einem akzeptablen, realistischen und überzeugenden Rahmen bewältigen.

### Ist der Prozess ins Stocken geraten?

Nein, der Prozess ist nicht ins Stocken geraten. Dieser Prozess geht weiter, die Gespräche dauern an. Auch die Diskussionen über das Gesetz werden fortgesetzt. Wir als İmralı-Delegation haben die Möglichkeit, mit allen Seiten zu sprechen, und wir nutzen diese Möglichkeit, wir führen diese Gespräche. In regelmäßigen Abständen fahren wir nach İmralı und besprechen diese Themen mit Herrn Öcalan. An dem Punkt, an dem wir jetzt angelangt sind, steht vor uns die Aufgabe, Formeln zu finden, mit denen wir diese Situation überwinden können, die man als „Sackgasse“ bezeichnen könnte.

Ich muss es gar nicht extra erwähnen: Es wäre ohnehin ein falscher Ansatz, den Prozess nur als gegenseitige Gespräche und Verhandlungen zwischen zwei Seiten zu begreifen. Auch Dersim hat dies in ihrer Eröffnungsrede betont; im Grunde steht es auch in der Erklärung vom 27. Februar und in den nachfolgenden Erklärungen von Herrn Öcalan. Wir durchlaufen eine umfassende, langfristige Phase des Wandels, in der jeder in irgendeiner Weise eine Aufgabe, Verantwortung und Rolle hat. Daher hat niemand den Luxus, von außen tatenlos zuzusehen. Ganz im Gegenteil: Es ist wichtig, diesen Prozess durch weitere Aktivitäten wie die jetzigen in eine Plattform für gesellschaftliche Verhandlungen zu verwandeln. Verhandlungen, Meinungsaustausch und das Bemühen, sich gegenseitig zu verstehen, mit den verschiedenen Teilen der Gesellschaft.

Nicht Zwang, sondern Dialog; nicht Debatte, sondern Verhandlung

Wir haben also aus verschiedenen Erfahrungen gelernt, dass es oft nicht möglich ist, mit einseitigen Zwängen voranzukommen. Sowohl in der Türkei als auch weltweit gibt es viele solcher Beispiele. Dialog erfordert Gespräch, erfordert Diskussion. Verhandlung bedeutet das Bemühen, durch gegenseitige Überzeugung und Gespräch einen Weg zu finden. Debatte hingegen basiert auf dem Bestreben, ständig Recht zu behalten und die Gegenseite zu besiegen. Was wir nun tun müssen, ist, nicht in der Balance zwischen Hoffnung und Hoffnungslosigkeit, zwischen Optimismus und Pessimismus unterzugehen. Falsche Hoffnungen zu verkaufen, ist keine gute Sache, Hoffnungslosigkeit zu verbreiten ist noch schlimmer. Deshalb muss man natürlich die Realitäten, die Realitäten von heute, klar erkennen und sich ihnen stellen. Aus dieser Konfrontation müssen neue Perspektiven entstehen, neue Wege gefunden werden. Das ist die Quelle der Hoffnung. Man muss aber auch erkennen, dass das Verbreiten von Hoffnungslosigkeit niemandem und keinem Ziel nützt, sondern im Gegenteil die Wege zu Schaden und Zerstörung noch weiter öffnet.



## „Weder Krieg noch Frieden“: Die Kurden im Würgegriff des Konflikts

Ass. Prof. Adnan Çelik, EHESS, Frankreich

Wie Sie wissen, war der antikolonialistische Diskurs insbesondere in den 1970er Jahren in der Türkei, also in Bakur, sehr stark. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre betrachteten fast alle kurdischen Bewegungen Kurdistan als Kolonie, und die These vom „kolonialisierten Kurdistan“ war sehr verbreitet. Wenn man sich jedoch den akademischen Bereich in dieser Zeit ansah, gab es fast keine Wissenschaftler:innen, die sich mit den Kurd:innen befassten. Nach 2000 wuchsen die Kurdischen Studien enorm. In Europa, Amerika und sogar in den vier Teilen Kurdistans – wenn auch zensierter und eingeschränkter – begannen sehr ernsthafte Arbeiten zu entstehen.

In den letzten zehn Jahren erleben wir im Bereich der Kurdischen Studien einen großen Wandel. Man nennt dies den „dekolonialen Wandel“. In den Kurdischen Studien ist die Debatte um Kurdistan und Kolonialismus plötzlich zu einem zentralen Thema geworden. Ich sage das nicht als Werturteil, sondern als interessante Feststellung. Zu der Zeit, als die kurdischen politischen Bewegungen und ihre Aktivist:innen diese Kolonialismus-Debatte führten, hat die Wissenschaft davon so gut wie nichts mitbekommen. Heute beschäftigt sich die Wissenschaft zwar intensiv mit diesem Thema, doch die kurdischen politischen Bewegungen haben, zumindest im öffentlichen Raum, kaum noch eine Verbindung zu diesem Diskurs. Ich sage das nicht nur in Bezug auf Bakur; Başur, Rojhilat, Rojava – alle politischen Bewegungen in den vier Teilen Kurdistans haben sich heute zumindest politisch ziemlich weit von diesem Diskurs entfernt. Das sagt uns etwas: Es sagt etwas über den großen gesellschaftlichen Wandel aus, den wir in den letzten 40–50 Jahren durchlaufen haben.

Ich habe den Titel des Vortrags „Weder Krieg noch Frieden“ gewählt. Das ist ein in den Sozialwissenschaften sehr gebräuchlicher Begriff (auf Französisch „ni guerre ni paix“). „Weder Krieg noch Frieden“ bezeichnet einen Zwischenzustand, eine Übergangsphase. Der Prozess, der vor etwa anderthalb Jahren begonnen hat, sucht eigentlich nach einem Namen. Seit langem definiert jeder diesen Prozess anders. Von meinem Standpunkt aus bezeichne ich ihn bisher als „Weder-Krieg-noch-Frieden-Prozess“. Das kann sich natürlich weiterentwickeln. Es kann sich in Frieden entwickeln, es kann sich – Gott bewahre – auch in Krieg entwickeln. Aber wir durchlaufen gerade eine solche Zwischenphase.

Ich habe das Wort „Zwickmühle“ bewusst mit seiner negativen Konnotation verwendet. Meiner Meinung nach durchläuft dieser „Weder-Krieg-noch-Frieden“-Prozess eine doppelte Zwickmühle. Die eine Seite dieser Zwickmühle betrifft die Entscheidung, die die Kurd:innen unter Berücksichtigung ihrer aktuellen realen Lebensbedingungen zwischen Freiheit und Sicherheit treffen müssen. Herr Abdullah Öcalan hatte in einer Rede gesagt, dass er versuche, ein Gleichgewicht zwischen der Freiheit und der Sicherheit der Kurd:innen zu finden. Dieser Prozess durchläuft tatsächlich eine doppelte Schwierigkeit, in der die Kurd:innen einerseits Entscheidungen über ihre Freiheit und andererseits über ihre Sicherheit und ihr Überleben treffen müssen.

Die andere Dimension dieses Dilemmas betrifft einen globaleren Kontext. Wir befinden uns in einer Phase, in der regionale und globale Dynamiken aufeinanderprallen. Mithat Hoca hat es sehr treffend formuliert: Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen den Ereignissen in Rojava und dem, was derzeit in Bakur geschieht - und dieser ist nicht einmal indirekt. Auch die aktuellen Geschehnisse im Iran und in Rojhilat stehen in engem Zusammenhang mit der aktuellen Lage. In diesem Sinne gleicht dieser Zustand des „Weder Krieg noch Frieden“ einem Drahtseilakt inmitten dieser Zwickmühle, durch die wir gerade gehen. Das ist keine leichte Sache.

Als Akademiker bin ich nicht direkt involviert, sondern betrachte das Ganze von außen. Aber auch aus dieser Außenperspektive ist mir bewusst, wie heikel diese Angelegenheit ist.

Eigentlich werde ich heute eine Art Potpourri präsentieren. Ich werde verschiedene Themen ansprechen und versuchen, sie gegen Ende miteinander zu verknüpfen, sofern mir die Zeit dafür reicht.

Ich beschäftige mich schon seit langem mit der modernen kurdischen Geschichte, insbesondere mit dem Schwerpunkt Bakur. Einer der Punkte, die mir dabei auffallen, ist folgender: Seit dem Ersten Weltkrieg verändert sich die Sprache, die Syntax und die Grammatik der kurdischen Frage jedes Mal, wenn regionale und globale Dynamiken aufeinanderprallen. Das ist ein sehr paralleler Prozess.

Nach dem Ersten Weltkrieg, insbesondere nach Lausanne, schuf sich die neue kemalistische Republik einen Legitimationsraum, und zwar für beide Seiten. Einerseits sagte sie dem Westen: „Wir kommen mit einem republikanischen Charakter, um das Niveau der modernen Zivilisationen zu erreichen.“ Andererseits wandte sie sich an die Sowjets und sagte: „Wir sind eine fortschrittliche Bewegung, keine feudale Bewegung.“ Dieses auf einer doppelten internationalen „Legitimität“ beruhende kemalistische Regime stürzte die kurdischen Bewegungen in eine große politische Krise, was in den 1920er und 1930er Jahren eine Reihe von Aufständen, Widerstand und Völkermorden nach sich zog.

Das Gleiche geschah auch im Zweiten Weltkrieg. Erinnern Sie sich an die Ereignisse von Mahabad. Nach Kriegsende eröffnete sich ein neuer Horizont der Erwartungen. Insbesondere für die unter Kolonialherrschaft lebenden Völker gab der Entkolonialisierungsprozess den kurdischen Intellektuellen und Aufklärern große Hoffnung. Das wird deutlich, wenn man sich die Memoranden ansieht, die die von Kamuran Bedirhan und Şerif Paşa in Paris gegründete Kurdische Delegation damals verfasste. Nach dem Krieg hatte sich ein neuer Horizont eröffnet, und die Kurd:innen versuchten, sich darin zu positionieren. Doch auch dort entstand wieder ein doppelter Zwang.

Erstens der sehr frühe Beitritt der Türkei zur NATO Anfang der 1950er Jahre und die Nutzung des Antikommunismus unter dem NATO-Dach gegen die Kurd:innen. Der Diskurs des „Kurdentums“ entwickelte sich als Teil der antikommunistischen Propaganda und wurde durch die Gleichsetzung mit dem Kommunismus stigmatisiert. Während des Kalten Krieges, sei es unter dem Schah von Persien, in der Türkei oder angesichts der Entwicklungen in Syrien und im Irak, versuchten die Kurd:innen innerhalb dieses Gleichgewichts, eine neue politische Sprache für sich zu finden. Auch der antikoloniale Diskurs der 1970er Jahre war Teil einer Dynamik, die im Kontext des Kalten Krieges entstand.

Wir kommen zu den 1990er Jahren: der Fall der Berliner Mauer, der Zusammenbruch der Sowjetunion... Fukuyama sprach vom „Ende der Geschichte“. Der Sieg der liberalen Demokratien signalisierte eine Ära, in der Kommunismus und Sozialismus nun von der historischen Bühne verschwunden waren. Auch dort entstand eine neue Dynamik. In einer Zeit, in der Menschenrechte stärker in den Mittelpunkt rückten und die Aufarbeitung sowie Auseinandersetzung mit der Vergangenheit im öffentlichen Raum zunehmend thematisiert wurden, versuchten die Kurd:innen, sich in diesem neuen Zyklus eine Sprache zu suchen.

Den vierten Zyklus beginne ich mit dem Krieg in Syrien. Mit dem Bürgerkrieg in Syrien begann ein neuer Zyklus. In diesem Zyklus wurden die globalen Normen weltweit weitgehend auf den Kopf gestellt. Wie Gramsci sagte, befinden wir uns in der „Zeit der Monster“. Die nach dem Zweiten Weltkrieg etablierten Normen sind weitgehend erodiert, doch an ihre Stelle ist noch nichts Neues getreten. Auch in dieser vierten Phase sind die Kurd:innen wie schon in den vorangegangenen Epochen damit beschäftigt, sich eine neue politische Sprache, eine neue politische Grammatik zu schaffen.

Was ist diese politische Sprache? Was ich sehr interessant finde, ist Folgendes:

In der modernen kurdischen Geschichte – wenn man die kurze Unterbrechung in den 80er Jahren außer Acht lässt – können die Entwicklungen in vier Teile zersplitterten Kurdistan zum ersten Mal so zeitgleich und synchron verlaufen. Erinnern Sie sich: In den 20er und 30er Jahren gab es einen Widerstand, der weitgehend auf Bakur konzentriert war. In den 40er Jahren während des Krieges in Rojhilat. Ab den 60er Jahren entwickelte sich der Widerstand in Başur. Es gab eine Situation, die ich als „Wechselwiderstand“ bezeichne. In einem Teil entstand ein Widerstand, und um diesen Widerstand herum bildete sich ein Zusammenhalt. Auch wenn es keine direkte physische Unterstützung für diesen Teil gab, gab es andere Teile, die in ihren Äußerungen und Vorstellungen mit diesem Teil mitdachten und sich rund um die Uhr damit beschäftigten. Doch seltsamerweise hat sich diese Situation in den letzten Jahren zum ersten Mal geändert. In fast allen vier Teilen Kurdistans finden gleichzeitig Entwicklungen statt, und diese sind nun extrem miteinander verbunden.

Tatsächlich war dieser abwechselnde Widerstand für die Kurd:innen manchmal auch ein Vorteil. Wenn ein Teil erschöpft war oder aufgab, übernahm ein anderer Teil die Fahne und ebnete den Weg für eine neue Dynamik, eine neue politische Vision. Doch derzeit kann diese Gleichzeitigkeit sowohl zu einem sehr guten Ergebnis als auch zu einer sehr großen, gleichzeitigen Zerstörung führen. Meiner Meinung nach befinden wir uns in einem solchen Moment.

Ich habe diesen Zyklus mit dem Syrienkrieg begonnen, aber im Wesentlichen geht es um Kobani 2014, den Völkermord an den Jesiden in Şengal im August, das Unabhängigkeitsreferendum in Südkurdistan 2017 und dessen vollständige Ablehnung durch den globale Status quo, die Selbstverwaltungswiderstände 2015–2016, den anschließenden politischen Völkermord in Bakur, die „Jin, Jiyan, Azadî“-Aufstände in Rojhilat, Rojava... Das heißt, seit 2014 befinden sich die Kurd:innen in einer neuen politischen, gesellschaftlichen und geopolitischen Phase.

Wie haben die Kurd:innen darauf reagiert? Das ist für mich sehr überraschend. In meiner Doktorarbeit habe ich mich mit der Gewalt und den Konflikten unter den Kurd:innen beschäftigt. Deshalb finde ich das sehr interessant. Zum ersten Mal haben sich die politischen kurdischen Bewegungen in den vier Teilen, bewusst oder unbewusst, fast am selben Punkt getroffen. Ich

denke, dass dies auch sehr viel mit den Diskussionen in dem Prozess zu tun hat, der derzeit nach einem Namen sucht.

Manchmal dreht sich die Diskussion nur um Abdullah Öcalan. Es gibt die Andeutung, dass der aktuelle Prozess allein seine Entscheidung sei und dass seine politischen Präferenzen die Kurd:innen in eine bestimmte Richtung drängen. Ich sehe das jedoch nicht so. Heute gibt es in Südkurdistan die PDK und die YNK, in Rojhilat kleinere und größere politische Parteien und in Rojava – auch wenn es direkt mit der kurdischen Bewegung verbunden ist – einen politischen Raum, der in seinem eigenen Autonomiegebiet geschaffen werden konnte. Diese verschiedenen politischen Gruppen und Bewegungen haben sich fast am selben Punkt getroffen.

Was ist dieser Punkt? Während wir unseren Kampf um die Erlangung unserer Freiheit fortsetzen, ist es für uns alle derzeit das Wichtigste, Wege und Mittel zu finden, die unsere Sicherheit, also unser Überleben, gewährleisten können. Darin sind sie sich einig.

Das ist ein sehr wichtiger Punkt. Heute verteidigt nicht nur die kurdische Freiheitsbewegung dieses Gleichgewicht zwischen Sicherheit und Freiheit. Auch andere Bewegungen stehen auf derselben Seite. Dies ist in gewisser Weise ein sehr wichtiger Vorteil für den laufenden Prozess. Seit eineinhalb Jahren verfolge ich die Entwicklung: Sowohl die PDK als auch die YNK sowie die politischen Parteien in Rojhilat unterstützen diesen Prozess beharrlich und unumstritten. Sie sind sich einig, dass dieser Prozess so fortgesetzt und zu Ende geführt werden muss. Dies war eine Situation, die wir innerhalb der politischen Bewegungen bisher kaum erlebt haben.

Der dritte Punkt wird etwas kritisch ausfallen. Ich lebe in Paris und kann den Prozess nur aus der Ferne verfolgen und darüber lesen. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch, ich möchte nicht von der Ferne her Urteile fällen. Aber wenn ich als Akademiker von außen darauf blicke, erscheinen mir zwei Dinge etwas problematisch.

Erstens sehe ich es als ernstes Problem an, dass die kurdische Bewegung, während sie einerseits den Verhandlungsprozess führt, sich zunehmend zurückhält, Widerstand zu leisten. Was der kurdischen Bewegung jahrzehntelang Leben eingehaucht hat, war, unter allen Umständen Widerstand zu leisten. Sie versuchte, ein alternatives politisches Projekt gegen den Status quo, die herrschende Ideologie und alle politischen Repressionen in der Türkei zu entwickeln und zu verteidigen. Dies war ein Aspekt, der ihr Ethos des Widerstands sowohl begründete als auch nährte. Doch dieser Verhandlungsprozess, insbesondere der Diskurs im legalen kurdischen Bereich, hat sie davon abgehalten, eine Sprache der aktiven Opposition zu entwickeln. Deshalb ist es notwendig, das Gleichgewicht zwischen Verhandlung und Kampf gemeinsam zu betrachten. Es ist notwendig, während der Verhandlungen weiterhin Opposition zu betreiben und dies als Teil der Verhandlungen und als deren aktives Lebenselixier zu betrachten. Ich glaube, dass dies bisher nicht ausreichend gelungen ist.

Zweitens: Auch wenn dieser Prozess zwar mit dem türkischen Staat zu tun hat – also mit der Lösung des Hauptproblems, das sich um die kurdische Frage herum gebildet hat –, ist er andererseits auch ein Prozess, in dem die kurdische Bewegung einen Dialog und Verhandlungen mit der Opposition unter den Kurd:innen führt. Doch soweit ich das beurteilen kann, gibt es in diesem Bereich seit anderthalb Jahren keine ernsthaften Bemühungen. Auch wenn ihre politische Vertretung schwach ist, gibt es in Bakur eine Reihe politischer Bewegungen, die im diskursiven Bereich ihre eigenen Unterschiede definieren. Diese haben

ihre eigenen Ideen, Interpretationen und Widerstände gegenüber diesem Prozess. Man kann dem zustimmen oder nicht. Aber ich denke, wir brauchen einen Rahmen, um darauf zu reagieren oder in einen Dialog zu treten, um darüber zu verhandeln. Diese allgemeine Haltung des Sich-Abschottens, des Nicht-Hörens und Nicht-Sehens hat im kurdischen öffentlichen Raum einige Lücken geschaffen und manchmal dazu geführt, dass man sich von imaginären Diskursen ohne Basis überzeugen ließ.

Abschließend möchte ich sagen, dass ich Yaşar Kemal's Buch „İnce Memed“ sehr liebe. Ich habe es vor langer Zeit gelesen, aber es gibt darin eine sehr schöne Passage, die mich beeindruckt hat. İnce Memed zieht in die Berge, wird zu einem sozialen Banditen, zu einem Volkshelden. Doch ab einem bestimmten Punkt kann er nicht mehr aus den Bergen zurückkehren, auch wenn er es wollte. Selbst wenn er es wollte, würde das Volk ihn davon abhalten. Das Volk hat sein Potenzial und seine heldenhafte Widerstandskraft erkannt und wird ihn dazu drängen, Widerstand zu leisten, sie zu beschützen und für ihre Rechte zu kämpfen. Deshalb ist İnce Memed ein „gezwungener Mensch“. Er ist gezwungen, sein Volk und dessen Werte vor der Unterdrückung durch die Großgrundbesitzer, die Herren und die repressiven Gruppen zu schützen.

Ich sehe Herrn Öcalan in diesem Sinne auch ein wenig als einen „gezwungenen Menschen“. Mit „gezwungenem Menschen“ meine ich nicht nur die Verpflichtung, mit dem Staat zu verhandeln. Sondern einen gezwungenen Menschen, der von der Forderung des Volkes nach einem ehrenhaften Frieden – „Unsere Kinder sollen nicht mehr sterben, lasst uns eine dauerhafte Lösung für dieses Problem finden“ – und von den Befürwortern einer Lösung der kurdischen Frage auf der Grundlage von Demokratie und Gleichheit vorangetrieben wird. Gerade weil dieser gezwungene Mensch sich dieser Zwangslage bewusst ist, versucht er, einen sehr schwierigen Weg zwischen Sicherheit, Überleben und Freiheit zu beschreiten.

In diesem Sinne muss dieser Prozess des „Weder Krieg noch Frieden“ nicht nur als eine enge Verhandlung zwischen dem türkischen Staat und der kurdischen Bewegung betrachtet werden, sondern auch als etwas mit gesellschaftlichem Charakter. Auch die Menschen, die hinter diesem gezwungenen Menschen stehen, tragen eine Verantwortung. Wir alle sind Teil dieser Verantwortung.

Abschließend hatte Mithat Hoca zu Beginn seiner Rede davon gesprochen, wie wichtig die Entscheidung zur Waffenabgabe war. Ich denke, dass diesem Punkt nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Diese Entscheidung war in folgender Hinsicht sehr wichtig:

Erstens ist er von großer Bedeutung, weil er den paradigmatischen und strategischen Wandel der kurdischen Bewegung verdeutlicht. Über die Verhandlungen mit dem türkischen Staat hinaus hat sich die Bewegung in einem Moment ihrer 50-jährigen Geschichte mit ihrer eigenen Praxis und ihren eigenen Erfahrungen auseinandergesetzt. Sie beschlossen, von einem taktischen Mittel abzurücken, das sie 1978 in ihrem Manifest „Der Weg der kurdischen Revolution“ festgelegt hatten – nämlich von revolutionärer und antikolonialer politischer Gewalt –, und sich entsprechend neu aufzustellen. Dies wurde weder in der kurdischen Gesellschaft noch in anderen Kreisen ausreichend verstanden. Dies nur als eine Notwendigkeit zu betrachten, hieße, den strategischen Gehalt dieser Entscheidung zu unterschätzen. Wenn wir auf die Geschichte der revolutionären sozialen Bewegungen in der Welt blicken, ist es von Bedeutung, sich dazu zu entschließen, dies zu tun, bevor es von außen gewaltsam aufgezwungen wird, und dafür umfassende Vorbereitungen zu treffen.

Zweitens gab es bei den Kurd:innen bereits seit Anfang der 90er Jahre Bestrebungen, Verhandlungen aufzunehmen. Das haben wir auch in den Zeiträumen 1999–2004, 2009 sowie 2013–2015 gesehen. Wir haben diesen Verhandlungsprozess immer so gesehen: Insbesondere die kurdische Bewegung stellte die Verhandlungen als Vorbedingung für die Niederlegung der Waffen. Doch Öcalan hat zum ersten Mal etwas sehr Interessantes versucht. Ohne in diese Debatte einzusteigen, ohne die Angelegenheit zu blockieren, hat er die Waffenabgabe nicht als Bedingung für diese Angelegenheit betrachtet, sondern sie als Ausgangspunkt genommen. Das hat natürlich zunächst in der kurdischen Öffentlichkeit für große Aufregung gesorgt. Ich erinnere mich noch an den Tag, an dem dieser Text verlesen wurde. Doch erst jetzt beginnen wir zu begreifen, wie wichtig das war.

Es ist eine Einsicht, die erkennt, wie der Terrorismus-Diskurs, den ein Staat mit einer der größten Armeen der NATO in den letzten 20 Jahren verbreitet hat, nicht nur für die Kurd:innen in der Türkei, sondern sogar für den Kampf der Kurd:innen in Rojava und anderen Teilen als Hindernis fungiert und dass ein Fortfahren in dieser Richtung nichts anderes bedeutet als auf der Stelle zu treten. Ich halte dies für wichtig und bin der Meinung, dass es mit Nachdruck zum Ausdruck gebracht werden muss.

Nachdem die bewaffneten Organisationen ihre Waffen niedergelegt haben, wird es natürlich rechtliche Verfahren geben. Es wird rechtliche Verfahren im Zusammenhang mit der Politisierung geben. Das liegt in der Natur der Sache. Aber während dies geschieht zu erwarten, dass eine demokratische und friedliche Lösung der kurdischen Frage sofort eintritt, widerspricht dem Geist dessen, was ich gerade gesagt habe. Wir müssen akzeptieren, dass dies eine Frage der Zeit ist, dass es Phasen erfordert und dass es sich nicht um Dinge handelt, die innerhalb weniger Monate geschehen können. Auch die Kurd:innen müssen sich von der Vorstellung lösen, dass „in dem Moment, in dem sie die Waffen niederlegen, der Frieden kommen wird“. Sie müssen erkennen, dass dies ein langfristiger Prozess ist, und dass dieser Prozess selbst ein neues Feld des Kampfes darstellt.

Ich denke an den Krieg im Iran. Der fragile Prozess in Syrien ist noch nicht verfassungsrechtlich abgesichert. Auf globaler Ebene finden gerade gewaltige Umwälzungen statt. In einem Moment, in dem so viel Ungewissheit und Unklarheit herrscht und der Blick in die Zukunft versperrt ist, zu erwarten, dass diese Angelegenheit in Bakur sofort gelöst wird, bringt auch unsere eigenen Erwartungen in große Schwierigkeiten. Wir müssen realistischer und rationaler vorgehen. Man muss sich vor Augen halten, dass sich das Gleichgewicht zwischen Freiheit und Sicherheit derzeit zugunsten von Sicherheit, Überleben und dem Schutz des Bestehenden verschoben hat. Rancière hat einmal darauf hingewiesen, dass es bei einem Fluss nicht nur darum geht, auf die andere Seite zu gelangen, sondern dass es auch wichtig ist, gegen den Strom zu schwimmen. In der gegenwärtigen Situation geht es genau darum, gegen den Strom zu schwimmen.

Ich halte es für äußerst wichtig, dass nicht nur die kurdische politische Bewegung, sondern auch die anderen politischen Bewegungen in Kurdistan sich bemühen, dieses Gleichgewicht zwischen Sicherheit und Freiheit zu finden. Wir leben in einer Welt, die gerade einen Völkermord in Zeitlupe durchlebt. Man muss akzeptieren, dass dies keine bloße Entscheidung ist. Es ist eine Entscheidung ums Überleben, und wenn wir diese Entscheidung beurteilen und bewerten, dürfen wir nicht vergessen, auf welchem realistischen Fundament unsere Aussagen beruhen.

## **Die grundlegenden Probleme des Prozesses für Frieden und eine demokratische Gesellschaft: Gewalt, Nationalismus und Friedensbemühungen**

Mahmut Şakar, MAF-DAD, Deutschland

In diesem Vortrag werde ich versuchen, auf der Grundlage meiner eigenen Erfahrungen sowohl darzulegen, wie ich diesen Prozess verstehe, als auch die grundlegenden Probleme zu benennen, die ihm im Weg stehen.

Innerhalb von eineinhalb Jahren wurde der Friedens- und Demokratisierungsprozess aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln diskutiert. Dabei wurde vor allem der Staat bzw. die Regierung in den Mittelpunkt gestellt. Es zeigt sich ein Ansatz, der sich im Wesentlichen auf die Struktur des bestehenden Staates konzentriert und Fragen stellt wie: „Ist Frieden mit diesem Staat möglich?“ oder „Sind Verhandlungen mit diesem Staat möglich?“ Ich messe den Diskussionen, die den Staat in den Mittelpunkt stellen, zwar Bedeutung bei, bin aber der Ansicht, dass sie nicht ausreichen, um das Geschehen zu verstehen.

Auch der Freiheitskampf Kurdistans ist als Subjekt Teil dieses Prozesses, und meiner Meinung nach sollte der Prozess nicht nur staatszentriert, sondern auch über den Freiheitskampf betrachtet werden. Zudem hat es keinen Sinn, den Kurd:innen die bestehende Republik und ihre aktuelle Machtstruktur zu erklären. Denn die Kurd:innen verfügen bereits über reichlich theoretisches und praktisches Wissen über den Charakter des Regimes. Abgesehen davon verhandeln die Kurden und der Freiheitskampf nicht mit dem Staat, den sie sich erhofft haben, sondern mit dem, den sie vorgefunden haben. Schließlich bestimmen nicht wir den Charakter dieses Staates.

Auch nach dem internationalen Komplott vom 15. Februar 1999 wollte Herr Öcalan durch Frieden und Verhandlungen den Weg für einen neuen Prozess ebnen. Ein türkischer Intellektueller hatte uns gebeten, Herrn Öcalan in einem Gespräch eine Botschaft bzw. Frage zu übermitteln: „Könnten Sie Herrn Öcalan fragen: Dieser Staat ändert sich nicht, von diesem Staat kommt nichts, vertraut er diesem Staat?“ Als wir dieses Thema ansprachen, war er etwas verärgert und sagte: „Unsere Freunde sagen uns eigentlich Folgendes: ‚Ihr könnt mit diesem Staat weder durch Krieg noch durch Frieden fertig werden.‘“ Es gibt also eine staatszentrierte Sichtweise, die seinen eigenen Willen und den Widerstand des kurdischen Freiheitskampfes außer Kraft setzt. Deshalb muss man die Frage auch über den kurdischen Kampf betrachten. Wenn wir sie so betrachten, wird es auch logischer und sinnvoller, über die Mängel und Verantwortlichkeiten zu diskutieren.

Ich möchte mich auf die Haltung und Herangehensweise des Freiheitskampfes in dieser Frage konzentrieren. Herrn Öcalan und die von ihm vertretene Bewegung als passives Subjekt aus

dem Prozess herauszuhalten, ist weder realistisch noch richtig. Zudem verfügt die kurdische Bewegung über Erfahrung in Verhandlungen und im Kampf. Es ist sinnvoll, den Prozess auch vor dem Hintergrund dieser Erfahrung zu betrachten. Dies trägt dazu bei, über den alltäglichen Blickwinkel hinaus einen Blick auf einen breiteren Kontext und einen längeren Zeitraum zu werfen.

### Ähnlichkeiten und Kontinuitäten

Ich habe von Anfang an versucht, den aktuellen Prozess mit dem Prozess von 1999–2004 zu vergleichen. Dieser Vergleich oder das Erkennen von Ähnlichkeiten wird uns das Gefühl geben, dass uns viele der neuen Entwicklungen „bekannt oder vertraut“ sind. Ich glaube, dass ein genauer Blick auf die Erfahrungen aus dem Prozess von 1999–2004 dazu beitragen wird, Öcalans Haltung zu verstehen und die Probleme zu begreifen, mit denen wir heute konfrontiert sind.

Auch wenn Herr Öcalan in den Gesprächen mit der DEM-Delegation in diesem Prozess häufig auf das Jahr 1993 und frühere Prozesse Bezug nimmt, bin ich der Meinung, dass der Prozess von 1999 in Bezug auf Diskurs, Stil, Dialog und Verhandlungstechnik einen Wendepunkt oder Ausgangspunkt darstellt. Es wäre sinnvoller, das Thema von dort bis heute in einem ganzheitlichen zeitlichen Kontext von 26 bis 27 Jahren zu betrachten. Um zu verstehen, wie der Freiheitskampf Kurdistans und Abdullah Öcalan als Akteure an die Sache herangegangen sind, muss man sich diesen Prozess ebenfalls ansehen.

Interessanterweise berücksichtigen die Kurd:innen bei der Aufzählung ihrer eigenen Erfahrungen mit Frieden und Verhandlungen die Jahre 1999–2004 kaum. Ich stelle fest, dass der Freiheitskampf Kurdistans den Zeitraum von 1999 bis 2004 in seinem kollektiven Gedächtnis zwar nicht völlig ausblendet, ihn aber in den Hintergrund drängt, diese Zeiträume lediglich im Zusammenhang mit einer internationalen Verschwörung betrachtet und ihnen als Verhandlungs- und Kampfprozess in seiner Erinnerung nicht viel Raum einräumt. Ich hingegen glaube, dass Öcalans Architektur des Friedens und der Verhandlungen in diesem Zeitraum entstanden ist. Vieles von dem, was wir heute wissen, viele Themen, die wir heute erleben, wurden dort diskutiert, besprochen und ausprobiert. Es gab erfolgreiche und erfolglose Momente. Diese Erfahrung wurde weiterentwickelt und vertieft, bis wir zum heutigen Tag gelangt sind.

Ich möchte einige Parallelen aufzeigen. Wie auch Adnan Çelik bereits erwähnt hat, ist eine der ersten Parallelen, die mir auffallen, die Ähnlichkeit der internationalen Rahmenbedingungen. In dem einen Fall handelt es sich um ein internationales Komplott, im anderen um eine neue globale Lage, die mit dem 7. Oktober 2023 begann. Bereits bei meinem ersten Treffen in Imrali hatte Abdullah Öcalan zum Ausdruck gebracht, dass wir am Rande eines Abgrunds stünden, dass wir stürzen würden, wenn wir darauf bestünden, und dass wir das Abenteuer der Freiheit zum Erfolg führen könnten, indem wir einen neuen Weg ebnen. Er hatte die internationale Gefahr, die Bedrohung und den Abgrund, an dessen Rand das kurdische Volk stand – nämlich

den Völkermord –, sehr eindringlich betont. Der Prozess, in dem wir die Genozid-Debatte am intensivsten geführt haben, ist der Prozess von 1999. Herr Öcalan sagte in seinen Reden manchmal: „Lasst uns nicht vergessen, was das armenische Volk erlebt hat.“ Auch bei dem ersten Treffen betonte er, dass er sich darauf konzentriere, die Gefahr eines Völkermords zu überwinden, indem er sagte: „Ich möchte mein Volk sicher auf die andere Seite bringen.“ Was sagt er heute? Er spricht beharrlich von einer „Gaza-isierung“. Das heißt, die durch das internationale Gleichgewicht für unser Volk entstandene Situation großer Risiken und Bedrohungen war in beiden Prozessen sehr deutlich und ausschlaggebend.

1999 war die Bedrohung ein Komplott gegen Abdullah Öcalan, und dadurch wurde versucht, alle Errungenschaften des Freiheitskampfes Kurdistans zunichte zu machen. Heute hingegen handelt es sich um einen Prozess, der Kurdistan als Ganzes betrifft. In meinem politischen Leben erlebe ich zum ersten Mal eine politische Situation, in der das Schicksal aller vier Teile Kurdistans miteinander verflochten ist. Dieser Prozess umfasst ganz Kurdistan. Hier besteht vielmehr eine Bedrohung für Kurdistan insgesamt, für die Errungenschaften. Das haben wir in Rojava gesehen. Auch die Lage im Süden und in Rojhilat ist unklar. An diesem Punkt ist eine andere, strategischere Haltung erforderlich. Die gleiche Bedrohungswahrnehmung gab es 1999, und sie besteht auch heute noch.

Natürlich gab es auch im Zeitraum 2013–2015 eine internationale Dimension. Der Arabische Frühling, die Aufstände... Aber dort gab es eine Bewegung von unten. Es war eine Zeit, in der sich die Nationalstaaten bedroht sahen. Der internationale Druck und das Gleichgewicht waren dort anders. Aus Sicht der internationalen Lage ähnelt der Prozess von 2024 daher viel stärker dem von 1999. Auch die Reflexe weisen meiner Meinung nach Ähnlichkeiten auf.

In beiden Prozessen gibt es eine Ähnlichkeit in Abdullah Öcalans Herangehensweise. Worin besteht sie? Die erste Haltung, die er im Prozess von 1999 einnahm, war darauf ausgerichtet, die Errungenschaften des kurdischen Volkes zu schützen. Tatsächlich gerät die Führung einer Struktur wie der PKK, die sich selbst als „Führungsbewegung“ definiert, zwar in Gefangenschaft, erleidet jedoch keine gravierenden Verluste in militärischer, politischer oder anderer Hinsicht und sieht sich keiner großen Zerstörung gegenüber. Dies steht in engem Zusammenhang mit Abdullah Öcalans Strategie, die Errungenschaften zu bewahren und Schritt für Schritt auszubauen. Öcalans Stil besteht darin, die Errungenschaften durch einen Vorstoß zu sichern. Das heißt, es handelt sich um eine Strategie, die Errungenschaften nicht an Ort und Stelle zu halten, sondern durch eine offensivere Haltung voranzutreiben und so zu sichern.

In diesem Zusammenhang ist die Aussage von Sirrî Süreyya Önder nach dem ersten Treffen – „Öcalan achtet ebenso auf die Sicherheit der Kurd:innen wie auf ihre Freiheit“ – wichtig, um die Ähnlichkeiten dieser beiden Prozesse zu verstehen.

Auch in Bezug auf die Verhandlungstechnik gibt es viele Ähnlichkeiten. Öcalan betrachtet die Verhandlungen nicht als einen Tauschhandel. In beiden Phasen gibt es keine forderungslastige Diskussion. Die Diskussion „Ich mache dies, du machst das“ gibt es heute nicht, und sie gab es

auch 1999 nicht. Das Wesentliche ist, eine strategische Beziehung aufzubauen, die Frage auf die türkisch-kurdische Geschwisterlichkeit zu stellen und eine Strategie zu entwickeln, von der beide Völker profitieren können. Auch die Sprache beider Phasen weist Ähnlichkeiten auf.

Der von Mithat Hoca erwähnte Oslo-Prozess (2009–2011) stellt eine Abweichung von dieser 25-jährigen Linie dar. Öcalan macht in den Gesprächen von 2013–2015 auch einige Anmerkungen zum Oslo-Prozess: „In Oslo sind die Freund:innen in zu viele technische Verhandlungen eingestiegen, das war etwas, das dem Staat zugute kam“, sagt er. Öcalan kritisiert also die Art und Weise, wie dieser Prozess geführt wurde, sowie die Verhandlungstechnik. In allen Prozessen, in deren Mittelpunkt Öcalan stand – 1999–2004, 2013–2015 und heute –, geht es weniger um Verhandlungen als vielmehr um den Aufbau strategischer Beziehungen, die Behandlung der Angelegenheit auf einer höheren Ebene und die Einbettung in einen neuen strategischen Kontext. Auch heute sagt er: „Vom Staat etwas zu verlangen, ist Bettelei. Sind wir Bettler?“ Das ist sein Ansatz in Bezug auf die Verhandlungstechnik.

Auch in der Lösungsperspektive sehen wir Ähnlichkeiten: 1999 eine demokratische Republik, heute ebenfalls eine demokratische Republik und demokratische Integration. 1999 sagte er: „Diese Politik der demokratischen Republik ist eine Strategie mit offenem Ende, eine Strategie, die sich durch den Kampf vertiefen wird.“ Auch heute sagt er in der Sitzung vom 16. Februar 2026 (in der Pressemitteilung der DEM-Delegation vom 18. Februar) Folgendes: „Dieser Prozess ist ein Prozess, der sich ständig neu bewertet und seine Strategien und Taktiken festlegt.“ Es gibt also keine festgefahrene, abgeschlossene Angelegenheit. „Ihr könnt die Integration so weit ausfüllen, wie es eure Kraft zulässt. Und ihr könnt die demokratische Gesellschaft so weit gestalten, wie es eure Kraft zulässt.“ Es handelt sich also um einen Prozess, der nicht durch engstirnige Verhandlungen, sondern durch den Kampf gewonnen wird.

Ein Ansatz, der die Kritik am Staat nicht in den Mittelpunkt stellt, sondern ihn in den Prozess einbezieht, seine Bedenken berücksichtigt und dem Prozess eher mit seiner eigenen Definition den Weg ebnet, als seinen Begriffen direkt entgegenzutreten, wird ebenfalls zu einer gemeinsamen Sprache. Wie auch immer der Staat ihn definiert, heute bezeichnet er ihn als „Prozess des Friedens und der demokratischen Gesellschaft“ und streitet sich mit dem Staat nicht allzu sehr über diesen Begriff.

Sie versucht, ihren eigenen Stil, ihre eigene Art und ihre eigene Sichtweise dem Prozess aufzuzwingen, und tut dies mit einem äußerst schnellen, aktiven und temporeichen Ansatz. Das heutige Tempo gab es auch unter den schwierigen Bedingungen von 1999. Sie erinnern sich, Premierminister Ecevit sagte einmal: „Wir können unsere Arbeit nicht erledigen, weil wir ständig mit Öcalan streiten.“ Eines Tages veröffentlicht er eine Erklärung, fordert eine Friedensgruppe und ruft dazu auf, das Land zu verlassen.

Auch der Ansatz, den Prozess mit einseitigen Schritten voranzutreiben, ihn rasch voranzubringen und ihn zunächst aus eigener Initiative an einen Punkt zu bringen, an dem es kein Zurück mehr gibt – auch aus Sicht des Staates –, ist ähnlich. Die PKK wurde damals

aufgelöst, es wurde zur Waffenabgabe aufgerufen. Die Grundlage für vieles, was heute geschieht, wurde eigentlich damals gelegt.

Eine weitere Ähnlichkeit: Die Neubetrachtung des Freiheitskampfes Kurdistans ist in beiden Prozessen vorhanden. Wir kennen das HDP-Projekt von 2013–2015. Gegen Ende des Jahres 1999 gab es Bemühungen, die HADEP durch einen neuen Parteitag auf diesen Prozess vorzubereiten. Die demokratische Politik rückte in den Mittelpunkt und musste neu gestaltet werden. Auch heute gibt es Diskussionen über die DEM: Wie kann sie diesen Prozess bewältigen? Oder sogar: Wie lässt sich der Freiheitskampf als Ganzes neu denken?

Die Debatten über den Realsozialismus, die Auflösung der PKK, die kongressartige Organisationsform und die Überwindung des klassischen Führungsmodells waren eine Diskussion, die zwischen 1999 und 2004 andauerte. Ich könnte sogar so weit gehen zu sagen: Die Organisationsstruktur, wie wir sie heute kennen, entstand in dieser Zeit. Ein kongressartiges Modell. In diesem Zusammenhang wurden im September 2003 die PYD und im April 2004 die PJAK gegründet; im Rahmen des Kongressmodells entstanden Frauenparteien und Armeen. Ein Modell, in dem so viele vielfältige, spezifische und eigenständige Strukturen zum Vorschein kamen und zu einer Koordinationsstruktur gelangten. Das uns heute bekannte Organisationsmodell ist das Modell von 1999–2004; das Modell, in dem wir noch immer leben. In dieser Hinsicht sprechen wir nicht nur von einer Ähnlichkeit, sondern auch von einer Kontinuität.

Ideologische Konzentration, die Entwicklung hin zu einem neuen Paradigma, die demokratische Nation, der Kampf für die Freiheit der Frauen, demokratischer Sozialismus, kommunaler Sozialismus... Auch diese Diskussionen wurden unter den Bedingungen jener Zeit angestoßen. Heute, nach 20 Jahren, gibt es im ideologischen Bereich natürlich eine weitere Vertiefung und Bereicherung. Aber ich denke, dass die Grundzüge und Ausrichtungen dieselben geblieben sind.

Der grundlegende Text jener Zeit ist das Buch „Ein Volk verteidigen“. Wenn man heute das Buch „Ein Volk verteidigen“ liest, wirkt es, abgesehen von einigen aktuellen Akzenten, als wäre es für heute geschrieben worden, es beschreibt die Gegenwart. Was ist die zentrale Achse der Verteidigung eines Volkes? Die Verteidigung der Kommune und der Frauen. Der grundlegende Text von heute ist das „Manifest für Frieden und eine demokratische Gesellschaft“. Was ist der Hauptschwerpunkt dieses Manifests? Frauen und die Kommune. Selbst die ideologischen Kernpunkte sind dieselben. Ich könnte Dutzende verschiedener Beispiele nennen. 1999–2004 heißt es: „Der Kaderwechsel ist die schützende Kraft.“ Heute heißt es: „Die auf der Kommune basierende demokratische Gesellschaft ist die Kraft des Aufbaus.“ Es gibt eine Bereicherung, eine Differenzierung, aber auch eine enorme Kontinuität.

Zusammenfassend denke ich, dass sich im Zeitraum von 1999 bis 2026 ein Verhandlungsmodell entwickelt hat, und dass dieses Modell sich um Öcalan herum entwickelt hat. Man könnte es auch als Öcalan-Verhandlungsmodell bezeichnen.

Natürlich gibt es auch gravierende Unterschiede. Der grundlegendste Unterschied ist folgender: Im Vergleich zu 1999 ist die kurdische Freiheitsbewegung heute viel stärker. Die Erfahrung von Rojava wurde gemacht. 1999 war gewissermaßen eine Zeit, in der man den Tiefpunkt erreicht hatte. Heute tritt die kurdische Bewegung in diesen neuen Prozess ein, in einer Zeit, in der sie viel stärker ist und durch die Erfahrungen der Revolution in Rojava geprägt wurde. Darüber hinaus ist seit 1999 bis heute durch Verteidigungsschriften, Materialien, Öcalans Reden und Gespräche mit Anwälten ein gewaltiges Werk entstanden. Es hat sich ein sehr starkes Diskursgefüge zu den Themen demokratische Nation, Frauen und demokratische Republik gebildet. In dieser Hinsicht spricht sie auf der Grundlage eines reichhaltigen Werkes. Gleichzeitig spricht sie aus einer weiterentwickelten und den gesamten Nahen Osten beeinflussenden Organisationsposition heraus. In jeder Hinsicht tritt die kurdische Bewegung viel stärker in diesen neuen Prozess ein als im Zeitraum von 1999 bis 2004.

Nachdem ich diese Ähnlichkeiten und die Dimension der Kontinuität kurz angesprochen habe, möchte ich auf drei grundlegende Problemfelder eingehen.

**Erstens: der Staat.** Das Bestreben des Staates, übermäßige Kontrolle über diesen Prozess auszuüben, ist eines der grundlegenden Probleme. Der Grund dafür ist teilweise nachvollziehbar. Der Staat möchte diesen Prozess so kostengünstig wie möglich abschließen, bevor sein eigenes Regime demokratisiert wird und die Errungenschaften der kurdischen Bewegung sich festigen.

Die derzeitige Situation bedeutet, dass es nicht einmal ansatzweise, geschweige denn auf gleicher Ebene, akzeptable Verhandlungsbedingungen gibt. Daher ist es wichtig, daran zu arbeiten, wie diese Kontrolle des Staates verringert werden kann. Ein Weg dazu könnte darin bestehen, die Position der anderen Verhandlungsseite zu stärken, d. h. konkret über den Status von Herrn Öcalan nachzudenken und sich dafür einzusetzen. Sein Status als Chefunterhändler muss legalisiert und sein Handlungsspielraum erweitert werden. Dies betrifft nicht nur Öcalan persönlich. Es gibt auch einen rechtlichen Hintergrund wie das Recht auf Hoffnung und Ähnliches. Doch damit die Verhandlungen, insbesondere der Kampfaspekt, künftig stark voranschreiten können, muss diese Statusfrage gelöst und ein Handlungsspielraum für Öcalan geschaffen werden. Ich denke, dass auch das Friedensgesetz dem dienen wird. Allerdings halte ich es angesichts des derzeitigen Kräfteverhältnisses für ziemlich schwierig, dass der Staat darauf eingeht. Die kurdische Seite muss ein Gleichgewicht herstellen.

### **Zweiter grundlegender Punkt: Nationalismus.**

In der Türkei hat sich der Nationalismus seit den 2010er Jahren, wie auch weltweit, weiterentwickelt. Mit der Entwicklung der sozialen Medien und anderer Kommunikationsmöglichkeiten ist ein nicht-ideologischer Nationalismus im globalen Sinne überall zu beobachten. Auch in der Türkei hat sich die ohnehin schon starke nationalistische Tendenz deutlich vertieft.

Im Prozess von 1999, nach den Öffnungsgesten Öcalans, kam es zu einem Rückgang des Nationalismus, zu einem Rückgang der Terrorrhetorik, und die Gesellschaft begann, sich auf die Probleme der Türkei zu konzentrieren. Am Ende dieses Prozesses entstand die Möglichkeit, dass die nationalistische Partei die Macht verliert oder sogar unter die Wahlhürde fällt. Als die AKP 2002 an die Macht kam, herrschte eine solche Atmosphäre, und ich glaube, dass Abdullah Öcalans Haltung im Jahr 1999 für die Entstehung dieser Atmosphäre sehr entscheidend war.

Heute jedoch nutzt der Staat den Nationalismus quasi wie eine Reservearmee, um Druck auf die kurdische Bewegung und den Verhandlungsprozess auszuüben und die Forderungen der kurdischen Bewegung herunterzuspielen. Der Staat hat die nationalistischen Tendenzen bewusst verstärkt. Ich glaube, dass er nicht nur den türkischen Nationalismus gefördert hat, sondern auch dessen Negativbild konstruiert hat.

Lassen Sie mich hier kurz auf zwei Punkte eingehen.

Erstens: Wir entwickeln diesen Prozess auf der Grundlage der Zerstörungen, die durch die Strategie der Zerschlagung verursacht wurden. Das dürfen wir niemals vergessen. Wir haben einen zehnjährigen höllischen Prozess durchlebt, und wir haben die Folgen noch nicht vollständig im Griff. Während der Staat im Rahmen des Zerschlagungsprozesses intensiven Druck auf die kurdische Gesellschaft ausübte, hat er möglicherweise auch bestimmte Teile der kurdischen Gesellschaft für sich gewonnen. Der Staat hat die Institutionen, die die Kommunikationstechniken und -möglichkeiten kontrollieren, nicht umsonst geschaffen.

Zweitens eine eher soziologische Beobachtung. Wir sind Menschen der 90er Jahre. Als sich in den 90er Jahren die kurdische Bewegung entwickelte, entwickelte sich die kurdische Identität als eine freiheitliche Identität. Wenn man damals von „Kurd:innen“ sprach, meinte man ein Kurdentum, das durch den Nationalen Befreiungskampf Kurdistans geschaffen worden war. Nach 2015 entstand parallel zur Schwächung des revolutionären/dynamischen Stroms, der extremem Druck und Gewalt ausgesetzt war, eine neue Situation in der Wahrnehmung der kurdischen Identität. „AKP-Kurd:innen“, „Hüda-Par-Kurd:innen“ usw. – so wurden auch die in der Vergangenheit staatstreuen Kräfte in die kurdische Identität einbezogen, und diese gewann zunehmend einen Charakter, der mit einem ethnisch-kulturellen Naturzustand verbunden war, anstatt eine freiheitliche Identität zu sein. Diese Ausweitung des Kurdentums könnte dazu geführt haben, dass die Anti-Haltung jener Teile, die historisch und aktuell religiöse/emotionale oder wirtschaftliche Bindungen zum Staat unterhalten, gegenüber Abdullah Öcalan und der kurdischen Freiheitsbewegung als Reaktionen der Kurd:innen formuliert wurde. Wir sehen, dass diese „lumpenhafte, inhaltsleere“ neue Art von „staatlichem/kurdischem Nationalismus“, die bei Aktionen LGBTQ-Personen angreift, die israelische Flagge hisst und den Begriff „kurdischer Nationalist“ verwendet, alles angreift, was Öcalan und die Freiheitsbewegung ausmacht.

Im Jahr 2003, nachdem die AKP an die Macht gekommen war, sagte Öcalan zu uns: „Wenn ihr euch nur auf das Kurdischsein konzentriert, wird die AKP euch die Vorreiterrolle des Kurdischseins abnehmen.“ Der Annäherungsprozess der AKP an den Staat wurde gemeinsam mit dem Staat inszeniert, mit dem Ziel, durch die AKP Einfluss auf die kurdische Identität zu nehmen.

Interessanterweise hat sich diese aus diesen beiden Strömungen gespeiste, aktuelle Form des „kurdischen Nationalismus“ in eine gemeinsame Haltung mit dem türkischen Nationalismus eingefügt. Angriffe auf den Friedensprozess, den Ansatz der demokratischen Nation, die Freiheit der Frauen, soziale Basisorganisationen und den sozialistischen Ansatz erfolgen diesmal aus dem Inneren des „kurdischen Nationalismus“ heraus.

Natürlich verfolgt die AKP/der Staat diesen Prozess auch mit dem Ziel, die PKK zu zerschlagen. Das ist klar und verständlich. Einer der wichtigsten Wege dazu scheint darin zu bestehen, die ideologischen Grundlagen, auf denen Abdullah Öcalan und die PKK beruhen, von innen heraus, aus der „kurdischen Identität“ heraus, zu zerstören.

Deshalb kann nur durch den Kampf gegen beide Formen des Nationalismus der Weg zu Frieden und einer demokratischen Gesellschaft geebnet werden. Vor allem muss die kurdische Bewegung und Gesellschaft in den Fragen der demokratischen Nation, der Frauenfreiheit und der sozialen Organisation sehr beharrlich und klar sein. Zudem werden schnelle und entschlossene Schritte in Richtung der Einheit der Kurd:innen diese Situation vervollständigen.

### **Dritter Punkt:** Die Haltung der Freiheitsbewegung Kurdistans.

Die Freiheitsbewegung hat sich in diesem Prozess bewusst parallel zu Herrn Öcalan engagiert und zügig gehandelt, was in diesem Punkt wirksam war. In dieser Hinsicht denke ich, dass sie aus den Erfahrungen der Vergangenheit eine positive Lehre gezogen hat.

Was mich jedoch überrascht hat, ist, dass sich die Diskussion über die Bedeutung, die Gründe und den Kontext des Prozesses, das Ausbleiben praktischer Maßnahmen, die routinemäßige Wahrnehmung des Prozesses und die „Abwarten-und-Beobachten“-Haltung über einen so langen Zeitraum hingezogen haben und dass sich keine Haltung ausreichend entwickelt hat, die die eigene Struktur und Gesellschaft noch klarer definiert und sich auf das eigene Programm konzentriert. Trotz all der Erfahrungen, die seit 1999 gesammelt wurden, ist es eines der Probleme, die in diesem Prozess unbedingt angegangen werden müssen, dass die kurdische Bewegung ihre eigene Basis nicht aktiver in diese Angelegenheit einbinden konnte und die Bewegung nicht auf der Grundlage von Kampf, Verhandlung und Aufbau neu organisiert hat.

Das eigentliche Problem ist folgendes: Um die Kontrolle des Staates über diesen Prozess zu lockern, Raum für gleichberechtigte Verhandlungen zu schaffen und die Frage des

Nationalismus zu lösen, muss sich der Freiheitskampf Kurdistans als Hauptkraft selbst transformieren und den zweiten Teil der Gleichung sehr stark gestalten. Wenn der erste Teil der Gleichung aus Staat und Nationalismus besteht, dann ist die Kraft, die dies ausgleicht, das Bemühen der Freiheitsbewegung und die Kraft, die sie daraus schöpft.

Während die Verhandlungen mit dem Staat, die Schaffung von Freiräumen und die Verankerung des Friedens in der Gesellschaft einerseits fortgesetzt werden, muss andererseits die Organisation des gesellschaftlichen Wiederaufbaus und der demokratischen Politik, die bis in die Kapillaren der Gesellschaft vordringt, im Mittelpunkt stehen. Die Auflösung der PKK und die kommunale Arbeit, die im Mittelpunkt des Manifests steht, sind ebenso wichtig wie die Verhandlungen mit dem Staat und werden einen entscheidenden Einfluss auf den Prozess haben.

Ohne die gesamte Last des Prozesses auf den Verhandlungstisch zu verlagern, müssen in allen Bereichen des Kampfes – so als wären sie Teil dieser Verhandlungen – eigenständige Dynamiken geschaffen oder in die Praxis umgesetzt werden, die die jeweiligen Kampfformen und Zeitpläne dieser Bereiche selbst bestimmen. Indem jeder Bereich vor Ort und auf lokaler Ebene für die Themen kämpft, an denen er arbeitet und für die er verantwortlich ist, kann er den Verhandlungsprozess sinnvoller gestalten und den Verhandlungstisch stärken.

Schließlich ist eines der zentralen Themen in diesem gesamten 26-jährigen Prozess die Zeitfrage. Wir müssen uns im Friedensprozess mit der Zeitfrage auseinandersetzen. Zeit ist Gold wert. Ich weiß nicht, wie lange dieser Prozess dauern wird, und ich kann auch nicht abschätzen, ob er weitergehen wird oder nicht. Aber wie lange er auch dauern mag, die grundlegende Frage ist, wie wir diese kostbare Zeit nutzen. Sollte dieser Prozess morgen scheitern, wird die grundlegende Frage, die wir uns stellen müssen, lauten: Welchen Willen und welches Tempo haben wir in der gegenwärtigen Zeitspanne an den Tag gelegt?



## **Frieden schaffen, die Zukunft gestalten: Möglichkeiten des Zusammenlebens, der Aufarbeitung und der Mitgestaltung**

Dr. Özgür Sevgi Göral, EHESS, Frankreich

Auch ich möchte ausgehend von meinem eigenen Forschungsgebiet erläutern, was uns diese jüngste Suche nach Frieden über die Region, die Welt und die Realität, in der wir leben, sagt.

Zunächst möchte ich Folgendes vorausschicken: Ich lebe seit acht Jahren nicht mehr in der Türkei, sondern in Paris, wo ich als Wissenschaftlerin tätig bin. Ich bin an den Ort zurückgekehrt, an dem ich meine Promotion absolviert habe. Was wir hier sagen, muss sowohl als Kritik als auch als Selbstkritik verstanden werden. Wenn wir alle an die Vorstellung einer anderen Türkei, eines anderen Kurdistan, einer anderen Welt glauben, dann sind wir alle für die hier angesprochenen Mängel verantwortlich. Das soll nicht so verstanden werden, als würden wir von unserem Platz aus Urteile fällen; wir entwickeln Argumente, um für dieses kollektive Denken hoffentlich einen Beitrag zu leisten.

Ich möchte den Prozess, den ich als Friedensaufbau bezeichne, anhand von drei Begriffen diskutieren: Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft. Die Zeitlichkeit spielt in Friedensaufbauprozessen eine sehr wichtige Rolle.

Jetzt

Ein Teil der Sozialwissenschaftler bezeichnet das „Jetzt“, in dem wir uns derzeit weltweit befinden, als „Mehrfachkrise“ (Policrisis). Viele Dinge befinden sich in einer tiefgreifenden Krise; sie haben Schwierigkeiten, sich selbst zu reproduzieren, und bewältigen diese Krise durch die Erzeugung großer Gewalt. Ich möchte hier drei verschiedene Krisen hervorheben.

Erstens: die Krise des Kapitalismus. Insbesondere nach der Wirtschaftskrise von 2008 bricht das Ende der Welt, wie wir sie kennen, herein. Vor 50 Jahren beispielsweise hatten in Europa und in der Türkei noch ein Großteil der Lohnabhängigen Arbeitsplatzsicherheit; ein Teil von ihnen konnte sich mit ihrer Rente sogar ein Haus leisten. Heute wissen wir nicht, ob unsere Kinder jemals in Rente gehen können. Auf globaler Ebene ist auch der Aufstieg der extremen Rechten und neofaschistischer Bewegungen Teil davon; es gibt einen sehr heftigen Angriff auf die Errungenschaften der Arbeiter\*innen und der Arbeiterklasse, und zusätzlich herrscht eine ökologische Krise. Wir befinden uns in einer sich rechtsradikalisierenden Welt. Dies ist kein Prozess, der nur die Region oder die Türkei und Kurdistan betrifft, sondern der auf der ganzen Welt abläuft.

Zweitens: die politische Krise. Wie Foza Yusuf beispielsweise schildert, sind die Feindseligkeiten zwischen Arabern und Kurden in Wirklichkeit eine politische Krise, eine „Krise des Zusammenlebens“. Dies ist ein Thema, das weltweit neu diskutiert wird. Die Bruchlinien – ethnische, politische, religiöse und klassenbezogene Trennungen – werden durch die weltweite Rechtsverschiebung und die Krise des Kapitalismus neu aufgegriffen und in unterschiedliche Formen eingebunden. Aus der aktuellen politischen Krise verbreitet sich ein sehr starker Hass auf Gleichheit. In einem Gespräch mit Jacques Rancière bezeichnet dieser dies als

„konterrevolutionäre Situation“. Natürlich geht das Streben nach Gleichheit und Freiheit überall auf der Welt weiter, kämpfende Bewegungen breiten sich wie Pilze auf den Straßen aus, doch diese Bewegungen sind im Allgemeinen dezentralisiert. Wir sind weit entfernt von einer Welt, in der es den realen Sozialismus gab und die trotz aller Kritik von einer Internationale unterstützt wurde. Daher flackern sehr starke und massenhafte Proteste wie Freiheitsfeuerwerke auf und erlöschen wieder.

Das wichtigste Beispiel für diese politische Krise sehen wir in den Fällen von Krieg und Gewalt, zuerst in der Ukraine, dann in Gaza und jetzt im Iran. Ich möchte hier die Bedeutung von Gaza hervorheben. Aus nächster Nähe haben wir mit Bildern und Videos einen Völkermord mitverfolgt. Wir haben sowohl die Niederschlagung politischer Bewegungen beobachtet als auch die Gewalt, die bis hin zum Völkermord an der gesamten Bevölkerung reichte, und wir haben gesehen, wie Netanjahu trotz aller Proteste vor den Vereinten Nationen sprach. Dies zeigt den Zusammenbruch der seit 1945 geltenden Menschenrechte und der Prinzipien der Gleichheit zwischen Staaten sowie des liberalen Zentrums. Die Sprache der Menschenrechte sowie die Funktionsweise transnationaler Institutionen und Mechanismen werden neu gestaltet werden.

Drittens: die Krise der Männlichkeit. Wenn wir darüber nicht sprechen, bleibt etwas unvollständig. Diese Krise ist eng mit der Krise des Kapitalismus und der Politik verbunden; es handelt sich um Krisen, die alle miteinander verflochten und miteinander verknüpft sind. Ihr habt gesehen, was am 14. April in Maraş geschah: Junge Schüler der Mittelstufe haben mit Waffen in den Händen Tod gesät. Viele junge Männer sind Vertreter einer solchen Krise der Männlichkeit; man nennt sie „Incel“. Die Organisation unverheirateter Männer in den Medien... Wir nennen das den Einfluss des Faschismus, aber man muss auch den Rassismus hinzufügen. Türkisch-supremacistische Ideen sind sowohl einer egalitären Vision des Zusammenlebens als auch einem gleichberechtigten Leben von Frauen und LGBTI+-Personen, feministischen Bewegungen und LGBTI+-Bewegungen feindlich gesinnt. Kurz vor den Errungenschaften der Bürgerrechtsbewegung in den USA, wenige Jahre vor der Abschaffung der Apartheidgesetze, erleben wir eine sehr starke Welle antischwarzer Gewalt. Der Kampf um Freiheit erzeugt solche Ängste. Ähnliches sehen wir im Kampf der Frauen.

Diese drei Krisen – die Krise des Kapitalismus, die Krise der Politik und die Krise der Männlichkeit – verschmelzen miteinander. Ausgrenzung, Einsamkeit, der Verlust von Hoffnung und Zukunftsperspektiven, die Erschöpfung selbst derer, die sich als organisiert betrachten, militante Unzufriedenheit. Das sind keine Prozesse, die außerhalb von uns ablaufen; sie wirken auch innerhalb der Freiheits- und Gleichstellungsbewegungen und verengen unseren Horizont, indem sie eine endlose Rechtsverschiebung hervorbringen.

Ich glaube, dass sich die kurdische Bewegung dieser Situation sehr bewusst ist. Das von Adnan, Mithat Hoca und Mahmut hervorgehobene Dilemma zwischen Sicherheit und Freiheit ist für die Menschen Kurdistans von großer Bedeutung. Aber das gilt auch angesichts der weltweiten Lage.

Das wichtigste Konzept, das von dieser vielschichtigen Krise angegriffen wird, sind die Verbindungen. Die Gegenwart, in der wir uns befinden, greift im Wesentlichen die Verbindungen an, die wir auf sehr unterschiedlichen Ebenen geknüpft haben, knüpfen können oder möglicherweise knüpfen werden. Die Verbindungen untereinander, die Verbindungen zwischen den Völkern, die Verbindungen zwischen den Kämpfen für Freiheit und Befreiung, die

Verbindungen zwischen Wirtschaft und Politik, die Verbindungen zwischen Basisorganisationen und Parteien, die Verbindungen zwischen Parlament und Gesellschaft, die Verbindungen zwischen Institutionen und verschiedenen gesellschaftlichen Schichten. Es gibt einen Angriff auf diese Verbindungen.

Ich betrachte den Vorschlag der demokratischen Integration als einen Ansatz, der sich dieses Angriffs bewusst ist und eine Grundlage schafft, um die Verbindungen wiederherzustellen. Wie stark, gleichberechtigt und freiheitlich diese Verbindungen sein werden, hängt von der Leistungsfähigkeit der Kämpfenden ab. Nichts ist sicher, nichts ist garantiert. Friedensaufbau hängt von der Leistungsfähigkeit der politischen Bewegungen ab, die den Frieden gestalten, und von dem Potenzial, das sie mobilisieren können.

## Vergangenheit

Wenn ich an die Vergangenheit denke, kommt mir ein Begriff in den Sinn: Stimmen. Die Stimmen der Vergangenheit, Stimmen, die von den Friedhöfen heraufsteigen. Im Zusammenhang mit dem Kurdenkonflikt sprechen wir – nach optimistischen Schätzungen – von 40.000, 50.000 Toten – das ist keine geringe Zahl.

Wenn wir es mit der Sprache der Aufarbeitung der Vergangenheit ausdrücken, handelt es sich um sehr schwierige Vergangenheiten, und es gibt Forderungen verschiedener politischer und gesellschaftlicher Bewegungen zu diesen sehr schwierigen Vergangenheiten. Forderungen, die denen in Europa ähnlich, aber doch teilweise anders politisiert sind. Das sind nicht nur Forderungen, die von zivilgesellschaftlichen Organisationen oder Akademiker:innen vorgebracht werden. Es sind radikalisierte Forderungen nach Aufarbeitung der Vergangenheit, die von Basisorganisationen wie den „Müttern des Friedens“ und den „Samstagsmüttern“ sowie von politischen und gesellschaftlichen Bewegungen unterstützt und in den politischen Kampf eingebracht werden.

Dies ist ein wichtiger Faktor für die Türkei. Tatsächlich gilt Ähnliches beispielsweise auch für Deutschland. Als nach dem Zweiten Weltkrieg erstmals die Thematik der Aufarbeitung der Vergangenheit aufkam, verfolgten alle Nationalstaaten der kapitalistischen Welt einen ähnlichen Ansatz; in diesem Sinne gab es keine nennenswerten Unterschiede zwischen den Staaten. Staaten wollen die Vergangenheit stets so abschließen, dass der Status quo möglichst wenig gestört wird. Die Versäumnisse in Deutschland und Frankreich sind eigentlich Teil einer Aufarbeitung der Vergangenheit, die in einem Rahmen stattfindet, der von dem nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen antikommunistischen Konsens und der Betonung der „freien Welt“ und der NATO geprägt ist. Was diesen Rahmen veränderte, war, dass vor allem die Jugendbewegungen sowie die 68er-Bewegungen diese Forderungen aufgriffen und radikalisierten, sie von Straßenaktionen in ihre eigenen Programme und in einen anderen politischen Rahmen überführten und ihre Väter und Mütter fragten: „Was hast du damals getan?“ Der Rahmen und die Mechanismen der Aufarbeitung der Vergangenheit werden immer durch das Eingreifen politischer und gesellschaftlicher Bewegungen radikalisiert.

So war es auch in der Türkei. Anfang der 2000er Jahre brachte Abdullah Öcalan dieses Thema auf die Tagesordnung. Natürlich wurden diese Themen bereits angesprochen und diskutiert, aber so hielt es Einzug in die Politik. Mit Öcalans Aussage, man müsse „sich das Beispiel Südafrikas ansehen und die Wahrheitskommissionen untersuchen“, entfachte sich die Debatte.

Die Türkei hat auf verschiedenen Ebenen eine Vergangenheit:

- eine sehr schwierige Vergangenheit von 100 bis 150 Jahren,
- eine 40-jährige Vergangenheit (des letzten kurdischen Aufstandes),
- und die Geschichte seit 2015.

Nach 2015 stieß insbesondere in Bakur ein sehr harter Widerstand der Selbstverwaltung auf sehr harte staatliche Gewalt. Es gab sowohl sehr viele Tote als auch einen Prozess der Beschlagnahmung. Die Beschlagnahmung durch den Staat: die Beschlagnahmung von Institutionen, von Institutionen und Organisationen durch das Treuhänderregime, von Körpern, von Gefängnissen, von Gräbern. Die Zerstörung von Friedhöfen, Angriffe auf Friedhöfe, die zuvor ohne Genehmigung angelegt worden waren...

Das heißt, die Vergangenheit Schicht für Schicht: eine lange Geschichte der Leugnung und Vernichtung, eine 40- bis 50-jährige Vergangenheit und die letzten 10 Jahre. Man darf nicht vergessen: Die Aufarbeitung der Vergangenheit, die Übergangsgerechtigkeit – wie auch immer man sie nennen mag – in diesem Zusammenhang ist die kurdische Gesellschaft hier ein nicht akzeptiertes Opfer. Opfer, aber gleichzeitig hat sie Widerstand geleistet, Organisationen gegründet und sich geweigert, im Kreis des Türkischseins aufzugehen. Sie hat verschiedene Rahmen entwickelt: nationalistisch, religiös, marxistisch-sozialistisch. Mit unterschiedlichen Kampfstrategien hat sie es nicht nur abgelehnt, Opfer zu sein, sondern gekämpft und Widerstand geleistet. Wir sprechen also von einer Gemeinschaft, die nicht als akzeptiertes Opfer anerkannt wird.

Daher gibt es vielfältige Stimmen aus der Vergangenheit. Wie können wir diese Stimmen interpretieren? Vorgeschlagen wird das Paradigma der Übergangsgerechtigkeit. Es umfasst fünf Mechanismen:

1. Wahrheitskommissionen – eine neue gemeinsame Erzählung, die unterdrückte und verleugnete Stimmen hört.
2. Gerichtsverfahren – die Verurteilung von in Verbrechen verwickelten, insbesondere von Straffreiheit profitierenden Staatsbeamten vor lokalen, spezialisierten, internationalen oder gemischten Gerichten.
3. Disqualifizierungsmechanismen (Vetting) – die Verhinderung der Ausübung des Staatsanwaltsamtes durch in Straftaten verwickelte Staatsanwälte, der Entzug der Approbation von Ärzten, die forensische Gutachten erstellt haben, um Folter zu vertuschen. Beispiele hierfür finden sich in Ex-Jugoslawien, Argentinien und Südafrika.
4. Neuer Lehrplan und Bildung – die Erstellung demokratischerer Schullehrpläne.
5. Eine neue Verfassung – ein neuer politischer Vertrag.

Die Aufarbeitung der Vergangenheit, wie auch immer man es nennen mag – wir sind weit entfernt von dem „Flitterwochenmoment“ der Übergangsgerechtigkeit zu Beginn der 2000er Jahre. Kehren wir zurück in eine brennende Gegenwart. Während es schon umstritten ist, wie transformativ große, staatlich gesteuerte Übergangsphasen wie in Südafrika oder Argentinien tatsächlich waren, sind wir heute weit von dieser Möglichkeit entfernt. In Argentinien wurde die extreme Rechte gewählt. Betrachten wir das Beispiel des ehemaligen Jugoslawiens: Der Anteil derjenigen, die an den Völkermord von Srebrenica glauben, liegt in Serbien bei etwa 40 %; 60 % glauben nicht an den Völkermord, da der extreme Nationalismus zugenommen hat, und sie behaupten, die Anerkennung des Völkermords durch ein internationales Gerichtsurteil sei eine Auferlegung des amerikanischen und EU-Imperialismus.

Wir sind also weit entfernt vom stärksten Moment des Paradigmas der Übergangsjustiz, aber selbst in der Zeit, in der dieses Paradigma am stärksten angewendet wurde, hängt der Wandel von der Stärke der politischen Bewegungen ab. So sehr, wie die Bewegungen für Gleichheit und Freiheit sich etablieren konnten. Weltweit gibt es einen ernsthaften Rückschritt. Ich möchte diese Zeit keineswegs idealisieren, aber ich glaube, dass wir nicht einmal zu dieser Zeit zurückkehren werden. Es gibt keine solche politische und internationale Konstellation, die die Republik Türkei unter Druck setzt. Diese Welt ist tot, sie wurde unter den Trümmern von Gaza begraben.

Deshalb müssen, wenn wir dies beabsichtigen, alternative Bewegungen aktiv werden, anstatt auf den Staat zu warten. Mit großer Ernsthaftigkeit, durch Arbeit, indem wir beispielsweise alternative Wahrheitskommissionen und Gerichtsverfahren einrichten. Das wurde im Rojava-Gericht versucht, und wir haben es in kleinem Maßstab versucht, indem wir einen alternativen Urteilsentwurf zum 10. Oktober verfasst haben. Präfigurative Bewegungen – also Bewegungen, die bereits jetzt versuchen, die Zukunft zu gestalten – werden dies schaffen.

## Zukunft

Wir leben in einer Zeit, in der die Zukunftsperspektiven stark erschüttert sind. Agathe Cagé, eine politische Ökonomin aus Frankreich, die ich sehr schätze, sagt Folgendes: In den 1970er Jahren, vor 50 Jahren, musste ein französischer Arbeiter 20 Jahre lang ununterbrochen arbeiten, um so viel zu verdienen wie ein Manager. Heute beträgt diese Zeitspanne 100 Jahre. Laut Cagé bedeutet dies: Die Vorstellung von Zukunft im modernen Sinne ist verschwunden. Die Vorstellung von Zukunft bedeutet, dass Menschen daran glauben, dass sie in einer anderen Position sterben können, als in der sie geboren wurden. Heute ist dieser Glaube verschwunden. Die Kinder von Arbeitern werden als Arbeiter geboren und als Arbeiter sterben. Wir leben heute in einer Zeit, in der es keinen Zukunftshorizont gibt und wir einem Schicksal ausgeliefert sind, wie in den griechischen Tragödien. Das Schicksal zu durchbrechen, war mit einem Zukunftshorizont möglich.

Ich denke, dass die kurdische Bewegung eine Bewegung ist, die sich gegen dieses Schicksal auflehnt. Die Entscheidung, vom bewaffneten zum politischen Kampf überzugehen, wurde getroffen, um neue Formen des Widerstands und der Politikgestaltung zu organisieren. Wenn eine Bewegung den bewaffneten Kampf aufgibt, verschwindet weder ihr politisches Programm noch verschwinden die Menschen, die sich um sie versammelt haben. Die Transformation des Kampfes kann auch als Versuch verstanden werden, eine Alternative zu dieser Zukunftslosigkeit zu organisieren. Denn die Tatsache, dass es innerhalb der heutigen Ordnung keine Zukunft gibt, kann den politischen Raum erweitern, in dem nicht nur rechtsextreme und neofaschistische Bewegungen, sondern auch egalitäre und emanzipatorische politische Bewegungen Einfluss nehmen. Diese Bewegungen können Politiken entwickeln, die die Menschen dazu bringen, sich auf andere Weise für die Zukunft zu begeistern.

Eine radikale Zukunft bedeutet eine Zukunft, die sich von der heutigen unterscheidet. Eine Zukunft, in der kurdische Kinder und türkische Kinder nicht in den sogenannten MESEMs sterben, diesen Berufsbildungszentren, die Kinder zermahlen. Es bedeutet, über Kinderarbeit, die Freiheit der Frauen, sowohl den demokratischen Islam als auch die LGBTI+-Bewegungen gemeinsam zu sprechen, zu diskutieren und Politik zu machen. Das ist eine sehr schwierige Aufgabe, ich sage nicht, dass es einfach ist. Aber ich denke, dass der Friedensprozess eine

sehr wichtige Grundlage dafür geschaffen hat, diesen Weg zu beschreiten, und dass diese Grundlage nicht ausreichend genutzt wird.

Was die Zukunft fordert, insbesondere was radikale Zukunftsperspektiven fordern, sind meiner Meinung nach neue Beziehungsformen und neue Bündnisse. Sowohl in Kurdistan neue Beziehungen zwischen der kurdischen Freiheitsbewegung und ihrer eigenen Basis aufzubauen, als auch neue Beziehungen zu den Gegnern dieser Bewegung zu knüpfen, und zudem – trotz aller Wut und Konflikte – Bündnisse mit allen Bewegungen in der Türkei zu schließen. Ein Bündnis entsteht nicht außerhalb von Konflikten; der Konflikt ist das grundlegende Element des Bündnisses. Es ist falsch, auf ein Bündnis zu warten, in dem die Konflikte beendet sind. Konflikt ist nicht immer schlecht. Inmitten von Diskussionen und Konflikten zu bleiben, unsere Organisationen zu vergrößern, unsere Bündnisse zu erweitern, eine große Friedenskoalition zu bilden, das größtmögliche Bündnis zu schmieden – das ist meiner Meinung nach die grundlegende Aufgabe von heute.

Das, was wir als Aufbau bezeichnen, ist nur so möglich. Geschieht das durch einen Kongress? Durch die Wiederbelebung des HDK? Durch eine neue Organisation? Ich weiß es nicht. Aber ich weiß Folgendes: Fünf sehr unterschiedliche, vielfältige Strukturen müssen mit einem linken Programm zusammengebracht werden – ich sage das nicht, weil ich Sozialist bin, sondern weil der Rahmen dies erfordert. Wir haben keine andere Chance, als den Frieden nicht mehr als etwas darzustellen, worüber nur die da oben reden, sondern als eine Grundlage, auf der gewöhnliche Menschen, Frauen, Jugendliche, LGBTI+, Muslime, Arme – also diejenigen, die in den letzten 10 Jahren noch stärker ihrem Schicksal ausgeliefert waren – dieses Schicksal durchbrechen können.

Ohne Jugendbewegungen gibt es keinen Frieden. Ohne Frauenbewegungen gibt es keinen Frieden. So einfach ist das. Der Frieden wird nicht von ein paar einflussreichen Männern über 50 geschaffen werden. Das ist kein Frieden, das ist Konfliktlösung, das sind Verhandlungen. Was wir aufbauen, muss Bewegungen, neue Begeisterung, neue Überzeugungen, neue Formen des Beziehungsaufbaus und neue Arten des Verständnisses der Welt, Kurdistans und der Geschlechterrollen beinhalten.

Das Konzept dafür ist meiner Meinung nach das Rauschen. Die Zukunft ruft danach. Ein Rauschen ist nicht ganz klar zu verstehen, es hat keinen bestimmten Anfang oder Ende, man weiß nicht genau, was es ist, aber etwas ruft einen. Dort ist auch deine Stimme, und die anderer. Hinter dem letzten Aufstand steht ein großer Kampf. Dies ist eine neue Etappe davon. Um diesen Rauschen gerecht zu werden, müssen wir uns viel kreativere Methoden überlegen. Diese Aufgabe obliegt jedem, uns allen.



Liebe Teilnehmende, sehr geehrte Referierende,

Heute schließen wir hier nicht nur ein Symposium ab; wir halten auch gemeinsam an einer Station einer langen, beschwerlichen und oft von Widersprüchen geprägten Reise inne. Das, was wir Frieden und demokratische Gesellschaft nennen, ist nicht das Ergebnis einer einzigen Entscheidung, eines einzigen Schriftstückes oder einer einzigen Verhandlung. Es ist der Name eines langen Weges, der durch die Zeit führt, sich Fehlern stellt und mutig neu gestaltet wird.

Dieser Weg lässt keine Abkürzungen zu. Manchmal tun wir so, als würden wir vorankommen, und kehren dann um; manchmal dauert es Jahre, einen Satz zu formulieren. Während wir auf diesem schmalen Grat zwischen Konflikt und Verhandlung wandeln, erkennen wir einmal mehr, wie wertvoll sowohl Geduld als auch die Wahrheit sind.

Die heutigen Diskussionen lassen sich mit einem Buch vergleichen. Die Kapitel sind geschrieben: Kapitel des Schmerzes, des Widerstands, der Verleugnung und der Suche. Jedes hat mit seiner eigenen Sprache und seinem eigenen Gewicht diesen Text geprägt. Und jetzt befinden wir uns vielleicht am schwierigsten Teil: dem finalen Kapitel. Denn das Ende eines Buches bestimmt nicht nur, wie es endet, sondern auch, was es im Kopf des Lesers auslöst. Dieses letzte Kapitel, das wir schreiben werden, wird eigentlich die Schwelle zu einem neuen Anfang sein.

Deshalb nehmen wir beim Verlassen dieses Ortes nicht nur unsere Notizen mit, sondern auch unsere Verantwortung. Der Weg zum Frieden ist lang, ja. Aber dieser Weg entsteht erst, wenn man ihn geht. Und solange wir weitergehen, wird die letzte Seite dieses Buches niemals geschlossen werden; sie wird jedes Mal neu geschrieben werden.

Ich danke allen, die dazu beigetragen haben, und wünsche mir, dass unser Mut und unsere Hoffnung auf diesem gemeinsamen Weg nicht schwinden.

